Nr. 44. Halle a. S., Freitag den 21. Februar 1908. 19. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg. vierteljährlich 1,80 Mk. pränumerando, frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,86 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezogen, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Karz 42/43. Redaktion: Karz 42/43.

Oestreichs äußere Politik.

Wien, 18. Februar.

Man spricht in Oestreich im allgemeinen wenig von äußerer Politik. Die Reichskrise, in der sich unsere Doppelmonarchie seit schon beinahe zwei Jahrzehnten befindet, wie auch die innere Zerrüttung des östreichischen Parlamentes waren Sorgen genug für die östreichischen Patrioten, als daß sie noch Zeit gehabt hätten, an ein Eingreifen Oestreichs in die Weltpolitik zu denken. Dazu kommt, daß die auswärtigen Angelegenheiten der Kompetenz des Parlamentes entzogen sind. Sie gehören vor das Forum der Delegationen, eines gemeinsamen Ausschusses des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses, der überdies dank einem kunstvollen Wahlsystems immer aus den reaktionärsten Elementen zusammengesetzt war und heute zum erstemal auch vier Sozialdemokraten zu seinen Mitgliedern zählt. Andererseits hat man sich im Laufe der Jahre an den Dreibund so gewöhnt, daß zumindest der Durchschnittsöstreicher an die Möglichkeit einer anderen Politik kaum mehr denkt. Allerdings die Italiener — die „Katzelmacher", wie man sie hier voll Verachtung nennt — mag der östreichische Patriot nicht und er traut ihrer Freundschaft nicht recht. Seitdem er sieht, wie fieberhaft Oestreich an der italienischen Grenze rüstet, sieht er sein Mißtrauen gegen Italien von oben sanktioniert und er ist also auch darüber beruhigt, daß „uns nichts passieren kann". Diese Politik Oestreichs gegenüber dem südlichen Bundesgenossen ist wirklich sehr merkwürdig, und sie hat ihre doppelte Wurzel. Einerseits können es die Schwarz-Gelben noch immer nicht verschmerzen, daß man „uns" die Lombardei und Venetien weggenommen hat — obzwar das wahrlich schon ziemlich lange her ist — und sie fürchten, daß über kurz oder lang Italien über uns herfallen wird, um uns Triest und Welschtirol abzunehmen. Andererseits verzeihen die Schwarzen — die ja auch die Schwarz-Gelben sind — es Italien nicht, daß es den Kirchenstaat zerstört und den „heiligen Vater" zum „Gefangenen" gemacht hat. So sieht man überall Gespenster und jede irredentistische Demonstration in Rom wird zu einem großen Ereignis aufgebauscht, gleichzeitig aber hält man die östreichischen Italiener für lauter Irredentisten, geborene Reichsfeinde, und behandelt sie danach. In einer ausgezeichneten Rede hat unser italienischer Parteigenosse Pittori in der Delegation unseren Staatslenkern das Rezept verraten, das den Irredentismus rascheste umbringen würde. Erstens möge der östreichische Ministerpräsident Beck die Furcht vor dem Irredentismus aufgeben, die italienische Rechtsfakultät, die sie errichten muß und will, einfach in Triest errichten und Welschtirol die Selbstverwaltung geben, zweitens möge der Minister des Aeußeren, Baron Aehrenthal aufhören, in der auswärtigen Politik auf den Vatikan Rücksicht zu nehmen. Wenn die Katholikentage in Oestreich, sagte er, von Zeit zu Zeit für die Wiedererrichtung des Kirchenstaates plädieren, soll ihnen dies frei bleiben, aber der Minister des Aeußeren mußte doch darauf aufmerksam machen, daß es sich nicht schickt, daß östreichische Minister und östreichische Erzherzöge sich an solchen Kundgebungen beteiligen.

Hat nun das Bündnis mit Italien mächtige Feinde, so ist das Bündnis mit Deutschland durchaus populär und so ziemlich ohne jeden Feind. Bloß die nationalen Tschechen reden noch hier und da — einer alten Tradition mehr als der inneren Ueberzeugung folgend — seiner Ersetzung durch ein Bündnis mit Rußland das Wort. Wenn aber auch diese Gegnerschaft nicht allzu ernst zu nehmen ist, so läßt es sich doch nicht leugnen, daß weite Kreise, die diesem Bündnis nicht feindlich gegenüberstehen, mit ihren Gefühlen Deutschland immer mehr entfremdet werden. Der Grund liegt an der inneren Politik Preußens, das offenbar keine Rücksicht auf den „brillanten Sekundanten" nehmen zu müssen glaubt. Die inhumane, gehässige Politik Preußens gegen seine Polen muß, wie immer man über die Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten denken mag, doch die östreichischen Polen, die eine mächtige Position haben und immer entschiedene Anhänger des Dreibundes waren, arg verstimmen und sie gegen das Bündnis mit dem Staate, wo man ihre Stammesgenossen in solcher Weise drangsaliert, aufbringen. Und jeder Freund Deutschlands muß wünschen, daß man sich in Deutschland der schweren Gefahren bewußt werde, die dem Dreibund durch die unvernünftige Politik der preußischen Junker bereitet werden. Dem hat auch der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Delegation, Gen. Seliger, Ausdruck gegeben, als er sagte: „Die deutschen Sozialdemokraten, die mit der deutschen Arbeiterbewegung durch ein Stück gemeinsamer Geschichte verbunden sind, die sozusagen, von dieser Bewegung abstammen, wünschen ein Freundschaftsverhältnis zwischen dem großen deutschen Volke in Deutschland und Oestreich, das die Summe der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Staaten verdichtet. Sie müssen daher auch wünschen, daß in Deutschland eine solche Nationalitätspolitik gemacht werde, die nicht dazu Anlaß gibt, einen Teil der östreichischen Nationen zu Feinden dieses Bündnisses zu machen." Man möge in Preußen diese Warnung des deutschen Sozialdemokraten, der mit seinem Herzen zu Deutschland steht, nicht in den Wind schlagen . . .

Das Exposé des Ministers des Auswärtigen war selbstverständlich, wie immer, voll von Beteuerungen der Friedensliebe Oestreichs. Und das muß der ärgste Feind zugeben, daß die Friedensbeteuerungen eines östreichischen Ministers ernst gemeint sind. Oestreich kann nicht anders als Frieden halten und ein Minister, der es in auswärtige Abenteuer stürzen wollte, müßte direkt dem Irrenhaus überliefert werden. Um so erstaunter waren alle Oestreicher — wirklich die Oestreicher aller Parteien — als sie hörten, in Frankreich und Rußland beschuldige man Oestreich der Absicht, internationale Verwicklungen herbeizuführen. Diese Absicht soll es durch die Ankündigung des Ministers, die sog. Sandschakbahn zu bauen, bekundet haben. Unsere deutschen Genossen werden uns nicht der Vorliebe für internationale Konflikte zeihen und sie werden es uns glauben, wenn wir ihnen versichern, daß wir jedem Versuch, Oestreich in ein Abenteuer zu stürzen, den heftigsten Widerstand entgegensetzen würden. Deshalb können wir ihnen aber auch mit ruhigem Gewissen erklären, daß es sich bei der Sandschalbahn um nichts weniger als um den Anfang eines Weltkrieges handelt. Es ist eine ganz belanglose, ganz harmlose Sache, die von der internationalen Börsenpresse — von der Nowoje Wremja angefangen bis zum Temps — einfach in der blödsinnigsten Weise aufgebauscht wurde. Auf dem Berliner Kongreß hat Oestreich die Ermächtigung erhalten, im Sandschak Novibazar, dem südlich an Bosnien angrenzenden Gebiete, eine Militärbesatzung zu halten und Verkehrswege anzulegen. Von dem ersten Befugnis hat Oestreich sofort Gebrauch gemacht, d. h. östreichisches Militär ist in Novibazar seit 30 Jahren, ohne daß der Frieden dadurch gefährdet worden wäre. Wie kann man Oestreich der Friedensstörung beschuldigen, wenn es nun auch von der zweiten Befugnis Gebrauch macht und dort, wo es das auf Grund internationaler Verträge darf, und überdies mit Zustimmung der Pforte, eine Bahn baut. Das einzige, was man Oestreich zum Vorwurf machen kann, ist, daß es diese Bahn nicht schon lange gebaut hat, wodurch vielleicht die agrarische Abschließungspolitik gegenüber dem Balkan, die unsere Volkswirtschaft und nicht zum mindesten die Arbeiterschaft, so schwer schädigt, verhindert worden wäre. Oestreich und Oestreichs Arbeiterschaft sind auf einige wirtschaftliche Beziehungen mit dem Balkan angewiesen: wir müssen die Möglichkeit haben, unsere Industrieprodukte dort abzusetzen und Getreide und Vieh dort einzukaufen. Nein, da steckt kein geheimer Plan Wilhelms II. dahinter, wenn Oestreich — mit Zustimmung der Arbeiterschaft — von seinem Rechte eine Bahn zu bauen Gebrauch macht.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 20. Februar 1908.

Im Reichstag

wurde am Mittwoch die derbe Züchtigung der Klassenjustiz fortgesetzt. Den Anfang hatte am Dienstag der Nationalliberale Heinze gemacht. Inzwischen ist ihm vor seiner eigenen Kühnheit bange geworden, und durch eine zage Erklärung verwandelte er den grönländischen Sonnenschein seiner Dienstagsrede in — echt nationalliberales Regenwetter. Dafür nahm sich Genosse Stadthagen die Spruchpraxis der deutschen Gerichte und was damit zusammenhängt, mit einer Schärfe und Gründlichkeit vor, für die das rüde Brüllen der Rechten' widerwillig Zeugnis ablegte. Selbstredend ist es blödes Kreihgeschwätz, wenn die Tintenkulis der Schlot- und Krautbarone behaupten, daß wir den Richtern bewußte Rechtsbeugung vorwerfen. Es sind allerdings schon allerlei Fälle vorgekommen, die es sehr schwer machen, noch an den guten Glauben der betreffenden Richter zu glauben. Aber diese Fälle die immerhin Ausnahmefälle sind, sind es nicht, die der deutschen Justiz den schweren Vorwurf der Klassenjustiz eingetragen haben. Es handelt sich vielmehr um die faktische Unmöglichkeit für die große Mehrzahl der deutschen Richter aus dem Gedankenkreis der Herrschenden und aus dem Banne eines auf moderne politische und wirtschaftliche Kämpfe übertragenen veralteten Autoritätsprinzips hinauszukommen und auch nur etwas wie Objektivität der modernen Arbeiterbewegung entgegenzutreten. Das ganze Gerichtsverfassungssystem zumal die Strafkammern mit ihren Assessoren und ihrem völligen Ausschluß der Laienmitwirkung, das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft, über das ein so maßvoller Mann wie Friedrich Albert Lange schon vor mehr als einem Menschenalter in dem bekannten Briefe an Kambel ein vernichtendes

---

18] **Die Mutter.** [Nachdr.verb.

Roman von Maxim Gorki. Deutsch von Adolf Heß.

„Erlauben Sie!" sagte der Direktor, und entfernte die im Wege stehenden Arbeiter mit einer kurzen Handbewegung, ohne sie zu berühren. Seine Augen blinzelten, mit dem Blick eines erfahrenen Menschenbeherrschers betastete er forschend die Gesichter der Arbeiter. Man nahm die Mütze vor ihm ab, verbeugte sich vor ihm. Er schritt, ohne auf die Grüße zu antworten, vorwärts, und verbreitete Stille und Verwirrung, befangenes Lächeln und halblaute Ausrufe, in denen man schon die Reue von Kindern verspürte, die eingesehen haben, daß sie ungezogen gewesen sind.

Jetzt ging er an der Mutter vorüber, streifte ihr Gesicht mit einem strengen Blick und blieb vor dem Eisenhaufen stehen. Von oben reichte ihm jemand die Hand. — Er nahm sie nicht, kletterte gewandt mit einem starken Schwunge hinauf, stellte sich vor Pawel und Sisjow und fragte:

„Was ist das für eine Versammlung? Warum habt Ihr die Arbeit niedergelegt?"

Ein paar Sekunden herrschte Stille. Die Köpfe der Leute schwankten wie Aehren hin und her. Sisjow schwenkte seine Mütze in der Luft, zuckte die Achseln und senkte den Kopf.

„Ich frage: warum habt Ihr die Arbeit niedergelegt?" schrie der Direktor.

Pawel stellte sich neben ihn und sagte mit lauter Stimme auf Sisjow und Rybin deutend:

„Wir drei sind von unseren Kollegen bevollmächtigt, zu verlangen, daß Sie Ihre Anordnung über den Abzug von einer Kopeke aufheben."

„Warum?" fragte der Direktor, ohne Pawel anzusehen.

„Wir halten eine solche Steuer für ungerecht!" sagte Pawel laut.

„Sehen Sie denn in meiner Absicht, den Sumpf trocken zu legen, nur den Wunsch, die Arbeiter auszubeuten, und nicht die Sorge, ihre Lage zu verbessern? Ja?"

„Ja!" erwiderte Pawel.

„Sie auch?" fragte der Direktor Rybin

„Alle zusammen!" antwortete Rybin.

„Und Sie auch, Verehrtester?" wandte sich der Direktor an Sisjow.

„Ja, ich bitte auch: laßt uns schon die Kopeke."

Sisjow senkte wieder den Kopf und lächelte schuldig.

Der Direktor überflog die Menge langsam mit seinen Augen und zuckte die Achseln. Dann sah er Pawel forschend an und meinte:

„Sie scheinen ein ziemlich intelligenter Mann zu sein — begreifen denn auch Sie wirklich nicht den Nutzen der Maßregel?"

Pawel erwiderte laut:

„Wenn die Fabrik den Sumpf auf ihre Kosten trocknen legt, so wird das allen verständlich!"

„Die Fabrik beschäftigt sich nicht mit philantropischen Maßregeln!" bemerkte der Direktor trocken. „Ich befehle allen, unverzüglich an die Arbeit zu gehen!"

Und er begann herabzusteigen, indem er vorsichtig mit dem Fuß das Eisen berührte und niemanden anblickte.

In der Menge tönte unzufriedener Lärm.

„Was ist los?" fragte der Direktor stehenbleibend.

Alle verstummten, nur aus der Ferne ertönte eine vereinzelte Stimme:

„Sollst selbst arbeiten!" . . .

„Wenn Ihr nicht binnen fünfzehn Minuten die Arbeit wieder aufnehmt, lasse ich allen Strafe anschreiben!" erwiderte der Direktor trocken und eindringlich.

Er schritt wieder durch die Menge, aber jetzt erhob sich hinter ihm dumpfes Murren, und je tiefer seine Gestalt in der Menge versank, um so lauter wurde das Geschrei.

„Der läßt nicht mit sich reden!"

„Das nennt sich nun Recht! Ei, dieser Jammer . . ."

Man wandte sich Pawel zu und schrie:

„He, Gesetzesmacher, was sollen wir jetzt anfangen?"

„Hast in einem fort geredet — dann kommt der Direktor und macht alles zunichte!"

„Nun, Maslow, was wird jetzt?"

Als das Geschrei hartnäckiger wurde, erklärte Pawel:

„Genossen, ich schlage vor, die Arbeit so lange niederzulegen, bis er auf die Kopeke verzichtet . . ."

Erregte Worte schwirrten durch die Luft.

„Hälst Du uns für dumm?"

„Das müssen wir machen!"

„Streik?"

„Wegen einer Kopeke?"

„Was denn? Schön, streiken wir!"

„Dafür geht es uns allen an den Kragen . . ."

„Wer wird denn arbeiten?"

„Werden sich schon Leute finden!"

„Du denkst an Streikbrecher?"

„Ich muß jeden Monat drei Rubel sechzig Kopeken an die Mücken abgeben . . ."

„Das müssen alle!"

XIII.

Pawel stieg herunter und trat neben seine Mutter. Ringsum summte alles, man stritt miteinander und schrie erregt.

„Den Streik bringt Du nicht zustande!" sagte Rybin, zu Pawel tretend. „Wenn die Leute auch gierig auf die Kopeke sind, so sind sie doch alle feige. Dreihundert treten vielleicht auf Deine Seite, mehr nicht. Den Haufen Mist kriegst Du nicht auf eine Gabel . . ."

Pawel schwieg. Vor ihm schwankte das ungeheure schwarze Gesicht der Menge hin und her und blickte ihm verlangend in die Augen. Sein Herz klopfte unruhig. Es schien Maslow, daß alle seine Worte spurlos wie spärliche Regentropfen auf einem von langer Hitze getrockneten Boden in der Menge verschwänden. Einer nach dem anderen kamen die Arbeiter zu ihm, belobten seine Rede und drückten ihren Zweifel über den Erfolg des Streikes aus, klagten über Mangel an Verständnis für die eigenen Interessen und ihre Macht.

Er ging traurig und müde nach Hause. Hinter ihm folgten seine Mutter und Sisjow, und neben ihm schritt Rybin und summte ihm ins Ohr:

„Du hast gut gesprochen, aber nicht zum Herzen. Ja, Du mußt ins Herz, mitten ins Herz den Funken werfen. Mit dem Verstande fängst Du die Leute nicht, der Schuh paßt ihnen nicht — ist zu eng und schmal! Sie ziehen ihn nicht an, und wenn sie es tun — treten sie ihn sofort schief, jawohl."

Sisjow sagte zur Mutter:

„Für uns Alte ist es Zeit auf den Kirchhof, Nilowna. Da wächst ein neues Geschlecht heran . . . Wie haben wir gelebt? Sind auf den Knien gerutscht und haben uns bis zur Erde verbeugt. Jetzt aber sind die Menschen entweder klug geworden — oder sie treten sich noch mehr als wir . . . jedenfalls sind sie uns nicht ähnlich. Die jungen Leute zum Beispiel sprechen mit dem Direktor wie mit ihresgleichen, ja . . . Ach, wenn doch mein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080221-11/fragment/page=0001

Urteil gefällt hat, dieses ganze System verschlimmbessert durch preußischen Bureaukratengeist und potenziert durch Reserveleutnantschneid, muß mit Naturnotwendigkeit eine arbeiterfeindliche Spruchpraxis erzeugen, und — die freiere Auffassung mancher Richter, die Genosse Stadthagen lobend hervorhob, in allen Ehren — eine moderne Rechtsprechung von ihm zu erwarten, hieße Feigen ernten wollen von den Dornbüschen.

Haarsträubend, empörend ist der Gegensatz der Urteile gegen Arbeiter und der Urteile, die gegen — oder sollen wir lieber sagen für? — Schutzleute, Studentan und Arbeitswillige ergehen! Ein erdrückendes Material brachte Genosse Stadthagen vor und nur mit faulen Ausreden konnte Herr Nieberding antworten, dieser Wiemer an Geistesöde, dem aber Wiemers einziger Vorzug, die gelaufige Zunge, fehlt.

Herr Gröber vom Zentrum stößt sich in seiner Richtereigenschaft an das Wort von der Klassenjustiz; in der Sache mußte er trotz allen Drehens und Wendens ihre Existenz zugestehen. Die Rede des Freisinnigen Ablaß war innerhalb blockistischer Schranken eine halbwegs befriedigende Leistung, Herr Ablaß sagte manches treffende Wort, vermied es aber — allerdings wohl mehr aus innerem geistigen Unvermögen, als aus böser Absicht — den Wurzeln des schadhaften Systems nachzugraben.

Am Donnerstag geht die Beratung weiter.

Im preußischen Dreiklassenparlament

geschehen Zeichen und Wunder. Herr Holle hat am Mittwoch rund und nett heraus ein Mißtrauensvotum erhalten, aber merkwürdigerweise nicht von den Liberalen, sondern von den Konservativen und Klerikalen, die sich hier zu einer erfolgreichen reaktionären Paarung zusammenfanden. Herr Holle hat das wahrlich nicht verdient. Er hat durch sein ganzes Verhalten im Liegnitzer Fall wie überhaupt durch sein ganzes Auftreten in der Kultusdebatte bewiesen, daß er nicht gewillt ist, die Lahnen des Herrn Studt irgendwie zu verlassen. Rechts und Zentrum klatschten ihm denn auch begeistert Beifall, als er die Opposition der Freisinnigen mit preußischer Schneidigkeit zurückwies. Trotzdem ging er in der Frage der Schulaufsicht den Konservativen und Klerikalen zu weit nach links. Der vorliegende Etat fordert eine Vermehrung der Kreisschulinspektoren im Hauptamt. Rechte und Zentrum aber wollen die Schule ganz unter die Aufsicht der Kirche stellen, und sie bekämpfen es aufs schärfste, wenn ein Geistlicher durch einen Kreisschulinspektor ersetzt wird. Dies geschieht aber im vorliegenden Etat in etwa 300 Fällen. Ihr Mißtrauen brachten nun die vereinigten Reaktionäre in einem Antrag von Heydebrand zum Ausdruck, der einen neugeforderten Kreisschulinspektor für Potsdam streichen wollte. Die Konservativen nahmen sich dabei die englische Parlamentssitte zum Muster, nach der einem Minister, der einem nicht gefällt und dem man sein Mißtrauen zum Ausdruck bringen will, von seinem Gehalt ein Schilling gestrichen wird. Natürlich erregte die Einbringung dieses Antrages großes Aufsehen und veranlaßte die Freisinnigen und Nationalliberalen zu langen Entrüstungsreden. Die Herren täten besser, sich die Entschiedenheit und Schärfe, mit der hier die Konservativen ohne Rücksicht auf die liberalen Blockbrüder ihrer Ansicht Geltung verschaffen zum Muster zu nehmen. Daß das Zentrum sich mit Vergnügen zu den Konservativen schlug, braucht nicht besonders betont werden.

Herr Holle, der über das Vorgehen der Konservativen naturgemäß sehr überrascht wurde, verkannte vollständig die hochpolitische Seite dieser ganzen Aktion und redete ein paar Worte über die Entwicklung des Vorortes Nowawes herunter, die die Anstellung eines neuen Kreisschulinspektors notwendig mache. Als ob das die Konservativen nicht genau selbst wußten, oder als ob es ihnen auf die Ersparnis des Jahresgehalts eines Kreisschulinspektors ankäme! Oktavio Freiherr v. Zedlitz, der schulpolitisch ungefähr auf dem Standpunkt der Nationalliberalen steht, zeichnete die Lage treffend mit den Worten, daß die Konservativen hier offenbar dem Minister seine Forderungen nur deshalb strichen, weil er ihnen nicht auf allen Gebieten entgegengekommen ist. Sogar Herr Fischbeck sah gestern ein, daß ihn doch etwas von der konservativen Weltanschauung trennt oder, wie er sagte, „daß die Geister sich scheiden". Und Herr Kopsch sah in dem Antrage der Konservativen einen Erfolg des Liebeswerbens um die Gunst des Zentrums, wie wir es am Montag auf der Bündlerparade im Ikrus Busch in vielen Variationen hören konnten. Es half kein Bitten und kein Flehen, mit den Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Polen strich die Mehrheit des Abgeordnetenhauses Herrn Holle unbarmherzig seinen Kreisschulinspektor.

Aus der sonstigen Debatte sei noch hervorgehoben, daß Röllchen-Brandenstein die Lehrernot nicht etwa durch anständigere Bezahlung, sondern durch verstärkte Anstellung von Lehrerinnen abstellen wollte, und daß der Freisinnige Gyßling ein paar richtige Worte über die Notwendigkeit einer gleichen Dauer der Ferien an Volks- und höheren Schulen sprach. Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

Der Säbel soll hauen!

Diesen Grundsatz borussischer Regierungsweisheit sprach gestern in der Budgetkommission des preußischen Junker- und Geldsackparlaments der Mann aus, der „durch das Vertrauen seines Königs" auf den Ministerstuhl gesetzt worden ist, um von hier aus die inneren Angelegenheiten des Kulturstaates Preußens zu leiten. Unter innere Angelegenheiten sind in Preußen im wesentlichen Angelegenheiten der Polizei zu verstehen. Der jetzige Polizeiminister, der den schönen Namen v. Moltke führt, wurde gestern von konservativer Seite über die sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen interpellirt. Die edlen Krautjunker in der Kommission ließen den Popanz der „roten Internationale" tanzen; behaupteten dreist und gottesfürchtig, die Wahlrechtsdemonstrationen erfolgten auf internationales Geheiß, und der Staat dürfe sich diese Demonstrationen nicht gefallen lassen. Der Polizeiminister von Moltke erklärte bekümmerten Herzens, daß vorläufig leider die Demonstrationsversammlungen nicht verboten werden könnten. Auf der Straße aber sei es besser, daß den Demonstranten mit der blanken Waffe entgegengetreten werde als mit der Feuerspritze. In Berlin sei gegen ungefähr 80 Straßendemonstranten ein gerichtliches Verfahren eingeleitet.

Nach dieser Empfehlung des blanken Polizeisäbels durch den Minister ergriffen auch freisinnige Kommissionsmitglieder das Wort. Diese tapferen „Wahlrechtskämpfer" protestierten aber nicht etwa gegen die Ausführungen des Ministers, die einem russischen Pristaw Ehre gemacht hätten, sie protestierten auch nicht gegen die Justizaktion gegen die Wahlrechtsdemonstranten, nein, das hätte ja nicht zu den „bewährten Grundsätzen des Liberalismus" gestimmt. Die edlen Freisinnsmänner verlangen eine möglichst schnelle Bestrafung der Demonstranten.

Auch ein Beitrag zu der Art und Weise, wie der Freisinn seinen „Wahlrechtskampf" führt.

Freisinnige Vereinigung.

Der geschäftsführende Ausschuß des Wahlvereins der Liberalen, d. h. der Freisinnigen Vereinigung, hat die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung auf den 21. und 22. April nach Frankfurt a. M. einberufen. Das ist reichlich spät, denn ursprünglich sollte der linksfreisinnige Parteitag schon im März zusammentreten; man wird sich also noch eine Weile auf eine Entscheidung gedulden müssen, die für das Schicksal des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland nicht ohne Bedeutung sein wird.

Gibt es für den Freisinn überhaupt noch eine moralische und politische Rettung? Diese Frage wird auf dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung ihre Beantwortung finden? Hier und nirgends sonst! Denn betrachtet man sich den Zustand, in den die Freisinnige Volkspartei unter Führung der Fischbeck, Wiemer und Kopsch geraten ist, so wird man sich sagen müssen daß aus diesen Gräbern keine Hoffnung für den bürgerlichen Liberalismus blüht. Etwas anderes steht es noch mit der Freisinnigen Vereinigung. Ihr vorjähriger Parteitag hat sich nach dem großen Rededuell Naumann-Barth, das mit einem großen persönlichen und sachlichen Erfolg Barths endete, nur mit schwerem Herzen und aus Gründen der neugegründeten „Freisinnigen Einigung", (die gefördert zu haben, Barths schwerster taktischer Fehler war) zu dem Experiment der Blockpolitik entschließen können. Nach dem 10. Januar beschloß der geschäftsführende Ausschuß ein förmliches und offizielles Mißtrauensvotum für den Reichskanzler, dessen Ausführung er der Reichstagsfraktion übertrug. Diese beschloß, mit 8 gegen 4 Stimmen, dem Wunsche des Parteivorstandes zu entsprechen, wurde jedoch dann in der Fraktionsgemeinschaft von den Freisinnigen und deutschen Volksparteilern überstimmt. Um nicht den sog. „Kleinen Block" der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft und am Ende die eigene Partei zu sprengen, fügten sich die acht in das Blockschicksal.

Zu Ostern wird sich zeigen, ob die Freisinnige Vereinigung bereit und imstande ist, unter energischer Abschüttelung von Leuten wie Pachnicke, die Bahn einer kleinen aber energischen, radikalen bürgerlichdemokratischen Partei zu beschreiten. Daß eine solche Partei unter den gegenwärtig in Preußen-Deutschland herrschenden Zuständen sich auf lange Zeit auf die Rolle einer oppositionellen Minderheit einrichten müßte, versteht sich von selbst. Will oder kann sie das nicht, dann werden wohl auch die unermüdlichen Optimisten vom Schlage Barths für alle Zeit die Hoffnung aufgeben müssen, so daß dem Liberalismus in Deutschland jemals noch eine andere Aufgabe beschieden sein könnte, als die, den Fronknecht der junkerlichen Reaktion zu spielen.

Zentrumsfrechheit.

Eines schickt sich nicht für alle. Das scheint die ultramontane Germania nicht zu begreifen, die jetzt ganz im Ton der sozialdemokratischen Presse, ja über ihn noch hinausgehend, die Haltung des Freisinns in der preußischen Wahlrechtsfrage kritisiert. Sie schreibt:

„Die Wahlrechtsbewegung" ist jetzt eine stehende Rubrik in den freisinnigen Blättern überschrieben. Es wird bort berichtet über freisinnige Versammlungen und Resolutionen, in denen die Erklärung des Fürsten Bülow zur preußischen Wahlrechtsfrage scharf verurteilt und zum „Kampf" für das Reichstagswahlrecht in Preußen aufgefordert wird. Obwohl die neue Rubrik nicht an Stoffarmut leidet, da aus allen möglichen Orten und Gegenden Berichte über „die Bewegung" vorliegen, gewinnt man doch nicht den Eindruck, als ob es den Freisinnigen gelungen sei, eine wirkliche Volksbewegung ins Werk zu setzen. Die ganze „Bewegung" ist bis jetzt offenbar über die freisinnigen Bezirksvereine und ähnlichen Konventikel noch nicht hinausgekommen. Wie wenig Anlaß der Reichskanzler hat, sich vor dem angekündigten „Kampfe" zu fürchten, geht schon daraus hervor, daß von einer Lossagung des Freisinns vom Block für den Fall fernerer Verweigerung der Wahlrechtsreform meist nicht die Rede zu sein pflegt, wohl aber die Absicht, treu zur Blockpolitik zu halten, bekundet wird. Im übrigen, wie kann ein Kampf um ein Wahlrecht ernst genommen werden, das man in Wirklichkeit gar nicht will.

Wie wir über die freisinnige Wahlrechtsbewegung und den größeren Teil ihrer Helden denken, haben wir schon oft genug gesagt. Woher aber nimmt die Germania das Recht den Freisinn zu kritisieren sie, das Organ einer Partei, die sich im bisherigen Verlaufe der Wahlrechtsbewegung noch zehnmal elender aufgeführt hat als der bornierteste Blockfreisinn? Wenn sie über die freisinnige „Volksbewegung" zugunsten des gleichen Wahlrechts höhnt, wo bleibt denn die ultramontane Volksbewegung? Oder will die Germania überhaupt von einer Volksbewegung nichts wissen? Will sie die Wahlrechtsfrage ganz der Fraktion Graf Strachwitz zur parlamentarischen Erledigung überlassen?

Der Kampf gegen den Arbeiterturnerbund

Das preußische Kultusministerium ist eifrig bemüht, den Vernichtungsfeldzug gegen den Arbeiterturnerbund weiter zu führen. Da die Gesetze keine Handhabe boten, um den „roten" Gesellen den Garaus zu machen, so stöberte man in alten Verordnungen herum, und siehe da: auf den alten vergilbten Blättern fand sich einiges, was dem „guten Zweck" dienen konnte. Die Mittel waren zwar nicht so gut wie der Zweck, aber was tut's? „Die Regel, die ihn schlägt, das ist die beste." — Die Schülerabteilungen wurden auf diese Weise zunächst mit Verfügungen bedacht, die sich auf eine Verordnung aus dem Jahre 1817 stützten. Aber das genügte nicht, da sich die Turner auf andere Weise zu helfen wußten. Nun mußte eine Verordnug von 1808 herangeholt werden, die mit Hilfe einer anderen aus dem Jahre 1839 doch gewiß zulangen mußte. Aber wieder war es nichts: Wenn man dem einen Turnwart die Leitung einer Jugendabteilung verbot, so trat wieder ein anderer an die Stelle. Wie konnte nun noch der preußische Staat gerettet werden? Diese Frage hat eine bürgerliche Turnorganisation, die Deutsche Turnerschaft zu lösen gesucht, indem sie der Regierung mit folgendem Schriftstück zu Hilfe kommt.

An die Königliche Preußische Eisenbahndirektion!

Leipzig und Stettin, am 13. Januar 1908.

Nachdem der Königl. Preußische Eisenbahnminister den Königl. Eisenbahndirektionen gegenüber für sehr erwünscht erklärt hat, daß im Interesse der gesunden geistigen und körperlichen Entwicklung der Nation den in den Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Lehrlingen, besonders in den großen Städten, Gelegenheit gegeben wird, sich an turnerischen und sportlichen Uebungen, die unter zuverlässiger Leitung stehen, zu beteiligen, erlauben wir uns, der Königl. Eisenbahndirektion unsere in 8000 Vereinen streng auf dem Boden der Liebe zum Vaterlande und der Entwicklung des deutschen Volkstums arbeitende Deutsche Turnerschaft als diejenige zu bezeichnen, in der die Jugend eine gesunde deutsche Erziehung erhält und vor den Bestrebungen verwahrt wird, die sich gegenwärtig auf dem Gebiete der Leibesübungen als „freie Turnerschaften mit sozialdemokratischen Partei-bestrebungen geltend machen. Wir bitten die in den Eisenbahnwerkstätten arbeitenden jungen Leute stets auf unsere vaterländische Deutsche Turnerschaft hinzuweisen.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Der Ausschuß der Deutschen Turnerschaft.

Dr. med. Ferd. Goetz, Vorsitzender.

Stadtschulrat Prof. Dr. Rühl, Geschäftsführer.

Die Arb.-Turnzeitung, das Organ des Arbeiter-Turnerbundes erhebt hiergegen energischen Protest und appelliert an die preußische Bevölkerung, sich ihr Erziehungsrecht nicht nehmen zu lassen und einig und geschlossen vorzugehen, um diesen neuen Schlag der Reaktion abzuwehren. Dieser Appell verdient um so mehr Beachtung, als auch Industrielle bereits in ihren Lehrverträgen das Verbot für die Lehrlinge aufnehmen, Mitglieder des Arbeiter-Turnerbundes zu werden. — Für jeden klassenbewußten Arbeiter kann es nur die eine Parole geben:

„Heraus aus der Deutschen Turnerschaft!"

Dernburg gegen die Deportation. In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Mittwoch die Frage der Deportation von Strafgefangenen nach den Südseeinseln angeregt, da in einer Resolution Liebert und Gen. die Strafverschickung nach den Kolonien gefordert wird. Nach seiner Ansicht über solche Pläne befragt, sprach sich der Staatssekretär Dernburg glatt ablehnend aus. Einmal wären die Kosten sehr groß sodann würden England und Australien Einspruch erheben. Schon jetzt hat das Parlament von Australien sehr scharf dagegen ausgesprochen, daß Deutschland Verbrecher nach einer der Südseeinseln bringt.

Flöten gehen soll nun auch im „liberalen" Bremen das bißchen Geistesfreiheit, deren sich bisher die dortige Lehrerschaft erfreuen konnte. Die Senatskommission des Bremischen Unterrichtswesen hat gegen den beannten Schulmann und pädagogischen Schriftsteller Heinrich Scharrelmann ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Die Behörde erkannte ein Dienstvergehen in drei Artikeln, die Scharrelmann im Roland veröffentlichte. Er hat darin erklärt, ein Lehrer müsse die Freiheit haben, wenn es sein Gewissen gebiete, auch gegen die Vorschriften des Stunden- und Lehrplanes zu handeln. Er selbst werde es stets so halten.

Ein Skandälchen im Ordnungslager. Auf eine Reihe schwerer Preßangriffe, die das Organ der Saarbrücker Handelskammer Südwestdeutsche Wirtschaftsztg., redigiert von dem Syndikus der Kammer Dr. Tille, dem bekannten „wissenschaftlichen" Beirat des Scharfmachertums, gegen den Bürgermeister Feldmann gerichtet hatte, antwortete dieser, der Verfasser der Angriffe müsse es sich gefallen lassen, als ehrloser Bube behandelt zu werden. Tille klagte. In der Verhandlung wurde Feldmann wegen formaler Beleidigung (§ 185) zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt. Tille, gegen den Feldmann Widerklage erhoben hatte, wegen eines von ihm am 29. Oktober in der Köln. Ztg. veröffentlichten Artikels erhielt 30 Mk.

Wie man den Kaiser amüsiert. Wilhelm II. verbrachte dieser Tage einen Abend im Kreise der Offiziere des Berliner Landwehrbezirks-Kommandos. Ueber die Unterhaltung, die hierbei geboten wurde, berichten bürgerliche Blätter:

Ein humoristischer Tanz, von Oberleutnant Sauer als Herr und Leutnant Schmidt als Dame ausgeführt, wirkte in der burlesken Uebertreibung der Balletteusenart hinreißend komisch

Den Schluß des unterhaltenden Teiles bildeten Reiseerlebnisse aus dem Jahre 1907 von Hauptmann Appelbaum. Seine trockene Komik, die behäbige Ruhe seines Vortrages und der derbe Landsknechthumor waren von einer überwältigenden Wirkung. „Auf meiner Luftreise begegnete ich auch einem Minister — erzählte er — der hatte aber keen Luftschiff . . . ich fliege auch so, sagte er."

Der Kaiser soll sich sehr gut unterhalten haben. Von den verschiedenen Flugreisen Ministern war keiner in der Gesellschaft, es konnte sich also auch kein Anwesender getroffen fühlen.

Ausland.

Frankreich. Das Arbeiterpensionsgesetz im Senat. Das schon vor längerer Zeit von der Kammer votierte Gesetz über die Altenspension für Arbeiter liegt bekanntlich seitdem beim Senat. In diesen Tagen beschäftigte sich die gewählte Kommission mit dem Projekte. Herr Cuvinot berichtete über die Unterhandlungen mit den Ministern Clemenceau, Caillaux und Viviani. Diese hatten erklärt, daß die Regierung für diesen Zweck nur 100 Millionen Frank zur Verfügung stellen könne. Anstatt 120 Frank Pension, wie die Kammer beschlossen hatte, würde den hierzu berechtigten alten Arbeitern nur 45 Frank pro Jahr bezahlt werden können. Und auch diese geringfügige „Pension" würde nur 2 269 000 Pensionären zugute kommen können. Vielleicht würde aber auch die Summe von 45 Frank noch vermindert werden durch die Verwaltungskosten usw. Die Kommission beschloß hierauf die Regierung aufzufordern ein neues Projekt auszuarbeiten und durch Veröffentlichung dem Volke zu unterbreiten. Die Aussichten für ein Alter-Pensionsgesetz sind jetzt also schlechter denn je. Es ist in der Republik wie in der Monarchie. Für die gewagtesten Unternehmen in Kolonialgebieten, für Heer und Marine ist immer Geld in Hülle und Fülle vorhanden, nicht aber für die Kulturaufgaben, die Opfer der Arbeit usw.

— Clemenceau und die Antimilitaristen. Ein Nachspiel des südfranzösischen Winzeraufstandes nimmt heute (Donnerstag) früh vor dem Pariser Schwurgericht in Gestalt einer Anklage gegen 12 Führer und Vorstandsmitglieder der Conféderation générale du travail, der Zentralstelle der französischen syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung, seinen An-

---

Mattwej lebte! Auf Wiedersehen, Pawel Michailow . . . Du trittst brav für die Leute ein. Gebe Gott, daß Du irgendeinen Ausweg findest . . . Das gebe Gott!"

Damit ging er fort.

„Ja, rauscht nur ab!" murmelte Rubin. „Ihr seid schon keine Menschen mehr, sondern nur Kitt . . . mit dem man Spalten verschmiert. Hast Du gesehen, Pawel, wer da rief, man solle Dich zum Deputierten wählen? Dieselben, die sagten, Du seist ein Sozialist, ein Aufwiegler . . . genau dieselben. Sie treiben einen ins Unglück — und hinterher heißt es: Geschieht ihm ganz recht."

„In ihrer Weise haben sie recht!" sagte Pawel.

„Auch die Wölfe haben recht, wenn sie ihresgleichen zerreißen . . ."

Rubins Gesicht war mürrisch, seine Stimme zitterte ungewöhnlich.

„Dem nackten Wort glaubten die Leute nicht . . . Man muß erst leiden, dies Wort in Blut tauchen . . ."

Den ganzen Tag ging Pawel finster, müde, sonderbar unruhig hin und her; seine Augen brannten und schienen etwas zu suchen. Als Mutter das bemerkte, fragte sie vorsichtig:

„Was hast Du, Pawel?"

„Der Kopf tut mir weh! . . ." sagte er nachdenklich.

„Solltest Dich zu Bett legen . . . Ich hole den Doktor."

Er sah sie an und erwiderte schnell:

„Nein, ist nicht nötig . . . ist nichts, das geht schon vorüber."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080221-11/fragment/page=0002

fang. Sie sind angeklagt, die Soldaten zum Ungehorsam und zum Aufruhr aufgefordert zu haben.

Im Frühjahr 1906 organisierten bekanntlich die Gewerkschaften eine sehr lebhafte Agitation zugunsten des Achtstundentages und für die Maifeier. Zu gleicher Zeit traten in Nordfrankreich die Berg- und Hüttenarbeiter nach dem furchtbaren Grubenunglück von Courrières in den Ausstand. Die Achtstundenbewegung und der Bergarbeiterstreik führten in der Arbeiterschaft zu zahlreichen Demonstrationen und Streiks, durch die eine Art Panik bei den besitzenden Klassen, namentlich in Paris, vorgerufen wurde. Im März 1906 wurde Clemenceau, der anerkannte Führer der bürgerlich demokratischen äußersten Linken, der jahrelang Hand in Hand mit der sozialistischen Fraktion die gemäßigten Republikaner bekämpft hatte, Minister des Innern. Clemenceau sah es als seine Aufgabe an, das Bürgertum zu beruhigen. Die allgemeinen Wahlen standen vor der Tür und die Regierung suchte die verschiedenen Wählerklassen möglichst zu gewinnen. Clemenceau warf Truppenmassen nach Paris und den Industriezentren und verbot alle Straßendemonstrationen. Den Gewerkschaftsführern erwiderte er, sie ständen auf der einen Seite der Barikaden und er auf der anderen. Demgemäß ging Clemenceau auch scharf gegen die „roten Gewerkschaften" vor deren Verbündeter er lange gewesen war. Mehrere Gewerkschafter sind bereits anläßlich der Streiks wegen Aufruhrs verurteilt worden und sitzen zurzeit im Gefängnis. Die Vorstandsmitglieder verschiedener Beamtenorganisationen wurden aus dem Staatsdienst entfernt. Clemenceau trug sich sogar mit dem Gedanken, die Confédération überhaupt zu unterdrücken. Die Gewerkschafter griffen bei jeder Gelegenheit die Regierung aufs heftigste an. Als Clemenceau im vorigen Sommer die Weinbauernrevolte in Südfrankreich gewaltsam unterdrückte und bei einem Zusammenstoße mit den Truppen in Narbonne mehrere Demonstranten auf dem Platze blieben, ließ der Vorstand der Confédération in ganz Frankreich einen Aufruf anschlagen, in dem er die Regierung eine „Regierung von Mördern" nannte und die Soldaten aufforderte, lieber zu meutern als auf die Bürger zu schießen. Clemenceau forderte daraufhin den Generalprokurator (Generalstaatsanwalt) auf, gegen die Leiter der Confédération gerichtlich vorzugehen.

Nach monatelanger Untersuchung wurden von den 77 Vorstandsmitgliedern der Confédération 12 vor die Pariser Geschworenen gestellt, und zwar der Generalsekretär der Confédération und eigentliche Leiter der „roten Gewerkschaftsbewegung" in Frankreich Griffuelhes, der Chefredakteur des Zentralorgans der Gewerkschaften Voix du peuple (Volksstimme) Bouget, und die Gewerkschaftssekretäre und Ausschußmitglieder Rausoleil, Delalé, Delesalle, Forgues, Garnery, Janvion, Merrheim, Monatte, Luquet und Jean Martin. Letzterer war bis vor einigen Monaten zugleich Vorstandsmitglied der französischen sozialistischen Partei und ist Generalrat von Ivry bei Paris. Die meisten Angeklagten sind Anarcho-Sozialisten.

Der Prozeß wird allseitig als ein Versuch der Regierung angesehen, durch die Bestrafung mehrerer der hervorragendsten Gewerkschaftsführer die Confédération zu sprengen. Bei seinem Vorgehen hat Clemenceau die Mehrheit der Kammer auf seiner Seite. Als Zeugen sind u. a. die bekannten Führer der Weinbaubewegung, Marcellin, Albert Ferreul u. a. geladen. Außerdem wollen die Angeklagten die politische Vergangenheit Clemenceaus und seines Ministerkollegen Briand des früheren sozialistischen Abgeordneten, in die Verhandlung hineinziehen. Die Verteidigung liegt in den Händen der Advokaten Abgeordneten Willm, Lasont, Hesse u. a., die sämtlich der sozialistischen Partei angehören.

Dänemark. Die kommunale Wahlrechtsreform, die das Zweiklassenunrecht abschaffen und den Frauen sowie den Dienstleuten das Wahlrecht bringen soll, ist jetzt im Landsthing gründlich verschlechtert worden. Diese erste Kammer des dänischen Reichstages, die selbst auf Grund eines Zweiklassenwahlrechts zusammengesetzt ist, hat mit 30 gegen 5 Stimmen — die der 4 Sozialdemokraten und des einen Radikalen — den im Landsthingsausschuß zustande gekommenen Vergleich gutgeheißen. Wenn die Wahlrechtsreform, die nach der ursprünglichen Regierungsvorlage einen großen Fortschritt bedeutete, mit den nun vom Landsthing beschlossenen Aenderungen Gesetz wird, dann wird 1. ein neues Privilegiertenwahlrecht der reichsten Leute auf dem Lande eingeführt, 2. das Steuerfestsetzungsrecht der Gemeinden eingeschränkt und der Regierung ein Auflösungsrecht gegenüber den Stadträten, sowie den Amtsräten ein Auflösungsrecht gegenüber den Kirchspielräten gegeben, 3. wird die Kommunalverfassung Kopenhagens in der Weise „reformiert", daß den Konservativen eine Mehrheit im Magistrat gesichert wird und 4. wird das bestehende Wahlrecht eingeschränkt dadurch, daß man es von einem mindestens zweijährigen Aufenthalt und Steuerleistung in der Kommune abhängig macht, eine Bestimmung, die sich natürlich gegen die Dienstleute und Arbeiterwähler richtet, die ja sehr oft genötigt sind, ihren Wohnort zu wechseln.

Das ist der Preis, für den die Gleichheit des kommunalen Wahlrechts, das Frauen- und das Gemeindewahlrecht von den acht Freikonservativen des Landsthing erkauft werden soll. Mit ihnen haben die „liberale" Regierung und ihre Partei den faulen Vergleich geschlossen.

Afrika. Das friedliche Vordringen Frankreichs in Marokko macht weitere Fortschritte. Ein drahtloses Telegramm aus Cassablanca meldet, daß Oberst Taupin am 16. und 17. d. Mts. mehrere von Erfolg gekrönte Kämpfe geführt hat. Verschiedene Angriffe des Feindes wurden mit dem Bajonett zurückgeschlagen. Die französischen Truppen legten „großen Eifer" an den Tag. Die Kolonne ist nach Fadela zurückgekehrt, um ihren Proviant zu erneuern. General d'Amade besetzte am Sonntag Settat, biwakierte dort und lieferte am Montag ein Gefecht gegen die Madrakas. General d'Amade hat nach einem weiteren Telegramm beschlossen, Cassablanca aufzugeben. Cassablanca wird in Zukunft nur noch als Verproviantierungsstation und für Unterbringung von Verwundeten und Kranken verwendet werden. Die Truppenteile, welche bisher dort lagen, werden zwischen Mediuna und Berrechid verteilt werden.

Parteinachrichten.

— **Genosse Meist**, der 1898 bis 1895 und 1903 bis 1906 den Wahlkreis Lennep-Mettmann im Reichstage vertrat, ist gestern am 19. Februar in Köln seinen schweren Leiden erlegen. Ehre seinem Andenken!

— **Gegen jede reaktionäre Gestaltung des neuen Vereinsgesetzes protestierten am** Dienstag abend in Berlin 33 überfüllte sozialdemokratische Versammlungen. Ueberall wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der von der Reichsregierung dem Reichstage vorgelegte Entwurf eines Vereins- und Versammlungsrechtes ist als reaktionär zu verwerfen.

Die im Entwurf vorgesehene Anmeldepflicht sowie die Polizeiaufsicht über Vereine und Versammlungen, ferner die Beschränkung der Ausübung des Versammlungsrechtes unter freiem Himmel, die nicht lediglich der Rücksicht auf dem Verkehr entspringt, ist ein Hohn auf das einfachste Recht jedes Menschen, sich mit anderen über die gemeinsam interessierenden Angelegenheiten zu besprechen und gemeinsame Maßregeln zu beschließen.

Der Sprachenparagraph charakterisiert sich als ein Mittel gewalttätiger Unterdrückungspolitik und zugleich als ein Anschlag auf die Organisationsbestrebungen der Arbeiter.

Die Aufrechterhaltung der landesgesetzlichen Koalitionsverbote für bestimmte Arbeiterkategorien entspringt dem Bestreben, auch fernerhin im Interesse der Ausbeuter, insbesondere der Agrarier, das ländliche Proletariat im Zustande rechtloser Halbleibeigenschaft zu halten.

Die Versammlung fordert in Uebereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Programm: Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken."

— **Ein neues Parteiblatt.** Die Genossen im Wahlkreise Bayreuth-Bernecd-Wunsiedel tragen sich schon seit Jahren mit dem Gedanken, für den Wahlkreis ein eigenes Organ zu gründen. Nunmehr hat sich eine Sitzung der in Betracht kommenden Parteiorganisationen im Prinzip mit einer solchen Gründung einverstanden erklärt. Näheres wird später erfolgen. Bisher wurde im Kreise die Fränkische Volkstribüne, das Organ für die Kreise Ober- und Unterfranken, ein Kopfblatt der Fränk. Tagespost gelesen.

Gewerkschaftliches.

Eine vernichtende Niederlage erlitten die gewerkschaftlichen Außenseiter bei der Gewerbegerichtswahl für Meißen-Land. Das ganze Sammelsurium von evangelischen Arbeitervereinlern, christlichen Gewerkschaftlern und — Militärvereinlern hatte sich zusammengetan, um wenigstens einige Beisitzermandate zu erwischen. Es war nämlich das Verhältniswahlsystem eingeführt worden, um das sie sich vorher krampfhaft bemüht hatten. Bei der jetzt vorgenommenen Wahl erhielt die Liste des Meißener Gewerkschaftskartells 2005 Stimmen, während auf die gesamte von sieben Organisationen aufgestellte Mischmaschliste 66 — sage und schreibe ganze sechsundsechzig — Stimmen fielen. Die Mandate fielen sämtlich auf die Liste des Gewerkschaftskartells. Die blamierten Sonderbündler hatten das Nachsehen und den Hohn und Spott, den sie in reichstem Maße verdient haben. Die Wahl oder vielmehr das Resultat derselben ist nach verschiedenen Richtungen ebenso interessant als erfreulich. Zunächst ist daraus zu ersehen, daß tatsächlich in den sogenannten evangelischen Arbeitervereinen usw. fast gar keine Arbeiter Mitglieder — wenigstens keine volljährigen — sind, zum zweiten ist die ganze Ohnmacht dieser Auchorganisationen damit dokumentiert. Das Resultat dieser Wahl war ein vortrefflicher Gradmesser. Wahrhaftig, ein sehr blamabler Hereinfall der Gegner der Arbeiterbewegung in ländlichen Kreisen.

Lohnbewegungen und Streiks. Infolge der Entlassung eines Arbeiters haben ungefähr 300 Arbeiter der Schiffsbauwerft der Howaldswerke in Kiel die Arbeit niedergelegt. — Die organisierten Arbeiter der Schuhfabrik Pinkenheil senior in Schneeberg haben am Sonnabend die Arbeit niedergelegt. Der Arbeitsniederlegung gingen am Freitag Verhandlungen mit der Firma voraus, die aber scheiterten. — Nach erfolgreichen Einigungsverhandlungen ist der Ausstand der Glasmacher in Rausch a beigelegt und die Arbeit wieder aufgenommen worden. — Die Firma Siemens in Dresden und Döhlen hat es nicht einmal für nötig gehalten, auf eingereichte Forderungen der Glasarbeiter zu antworten. Es drohen deshalb ernste Differenzen.

Sämtliche Arbeiter der Automobilfabrik Italia in Turin wurden auf die Straße geworfen, weil sie sich keine ihre Lage stark verschlechternde Arbeitsordnung gefallen lassen wollten. — Sechs Gewehrlauf-Werkstätten in Nessonvaux und Fraipont (Belgien) haben ihre sämtlichen Arbeiter ausgesperrt. — Die Angestellten der elektrischen Straßenbahn in Prag beschlossen, falls die geforderte Lohnerhöhung nicht gewährt wird, in den Streik zu treten. — Ende dieser Woche werden 14 000 Arbeiter der Werften in Newcastle und Glasgow in den Ausstand treten, da eine Einigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nicht zustande gekommen ist und auch ausgeschlossen erscheint. —

Die Streikhetzer im Baugewerbe. Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Berlin hat an die Vorstände der einzelnen Arbeitgeber-Verbände in Deutschland ein Rundschreiben ergehen lassen, in welchem er versucht, zu Lohnherabsetzungen anzureizen. Er teilt in dem Rundschreiben mit, daß im Bezirk des Verbandes Berlin ein starkes Ueberangebot von Arbeitskräften sich herausgestellt habe, so daß sich zahlreiche Maurer- und Zimmergesellen für einen Stundenlohn von 60 Pfennig anbieten. Da aber angesichts der anhaltenden Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse eine so weitgehende Herabsetzung des Lohnes keineswegs opportun sei, so habe der großmütige Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten beschlossen, den Stundenlohn für Maurer- und Zimmerergesellen bis auf weiteres auf 70 Pf. und für Bauhilfsarbeiter auf 45 bis 50 Pf herabzusetzen.

Da bisher 75 Pfg. bzw. 50 Pfg. gezahlt wurden, so sei durch diesen Beschluß, wie der Vorstand des Braunschweiger Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe mitteilt, den Mitgliedern des Verbandes Spielraum gegeben, den Lohn bei dem augenblicklichen Ueberangebot von Arbeitskräften um „höchstens 5 Pfg. zu ermäßigen". Der Berliner Verband scheint sich also den Teufel an Tarifabschlüsse kehren zu wollen. Er sucht daher die Unternehmer in der Provinz gleichfalls anzureizen, ähnliche Beschlüsse zu fassen. Denn einen andern Zweck kann die Uebermittlung seines Beschlusses an die übrigen Unterverbandsvorstände doch unmöglich haben. Es fragt sich nur, ob die Scharfmacher der Herren Baugewaltigen in Berlin bei den Arbeiterorganisationen mit der Lohnherabsetzung Glück haben. Die Gewerkschaften mögen auf der Hut sein.

Aus dem Reiche.

Osterode (Ostpreußen). In einem Landarbeiter-Palaste erstickten auf dem Rittergute Gr. Griezen drei Personen an Kohlengas.

Gleiwitz. Von einem Zuge erfaßt wurde ein Bauernfuhrwerk bei der Königshütte. Die beiden Pferde wurden getötet, der Fuhrmann erlitt schwere Verletzungen.

Trier. Jugendliche zur „Besserung" ins Gefängnis. Die Strafkammer verurteilte die beiden 15jährigen Knaben Selbach und Riemer, den ersteren wegen Raubmordversuchs zu sechs Jahren und einer Woche, den anderen wegen Beihilfe dazu zu sechs Monaten Gefängnis. Die Jungen hatten vergangenen Sommer die Meßhändlerin Bäcker in ihrem Laden überfallen und am Kopfe schwer verletzt, um die Kasse auszuräuben.

Vermischtes.

* **Ein Blutbad unter Bauern**, die sich des fürchterlichen Verbrechens des Holzsammelns schuldig gemacht hatten, wurde von Gendarmen in Gynemeskozeplok in Ungarn angerichtet. Von den Ordnungsbestien wurden 5 Bauern getötet, drei lebensgefährlich, mehrere andere schwer verletzt.

Versammlungsberichte.

Löbejün. Am 12. Februar fand in Urbans Restaurant eine gut besuchte Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Parteisekretär Genosse Reiwand hielt einen anregenden Vortrag über die gegenwärtige politische Lage. In der Diskussion wurde noch zum Beitritt zur politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation, zum Leien des Volksblattes sowie zur Unterstützung unseres Versammlungslokals aufgefordert. Mit der Aufforderung, die Versammlungen immer so gut zu besuchen und stets für unsere gerechte Sache zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

London, 20. Februar. Im Südwesten Englands droht ein Streik der Bergarbeiter auszubrechen, bei dem 83 000 Bergleute in Betracht kommen. Man befürchtet einen Generalstreik, der sich auch auf andere Arbeiterkategorien erstrecken wird.

Paris, 20. Februar. In einer amtlichen Note wird dementiert, daß General d'Amade Casablanca aufgegeben und seinen Stützpunkt nach Settat verlegt habe. Die Regierung habe auch nicht die Absicht, neue Truppen nach Marokko zu senden.

Tanger, 20. Februar. Hier treffen Nachrichten ein von einer heftigen Schlacht, die bei Benrike zwischen Franzosen und Marokkanern, besonders Anhängern Mulei Hafids, im Gange sei. Die Franzosen sollen bis jetzt 9 Tote und 30 Verwundete haben. Die französischen Kriegsschiffe vor Casablanca schiffen Mannschaften und Geschütze aus, um den Truppen des General d'Amade zu Hilfe zu kommen, der in Settat durch die Marokkaner von der Verbindung mit Casablanca abgeschnitten sein soll.

Letzte Nachrichten.

Nürnberg, 20. Februar. Eine von dem linksliberalen Komitee einberufene von etwa 3000 Personen besuchte Volksversammlung brachte nach einer Rede von Theodor Barth eine Resolution zur Abstimmung, in der die Bülowsche Blockpolitik aufs schärfste verurteilt und die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen als notwendige Voraussetzung einer deutsch-freiheitlichen Politik erklärt wird.

Wien, 20. Februar. Um 10 Uhr 14 Minuten abend fanden hier mehrere heftige Erdstöße statt, die Möbel und Bilder ins Schwanken brachten.

Paris, 20. Februar. Der Untersuchungsrichter findet keine rechte Handhabe den Oestreicher Krumholt der Spionage zu bezichtigen.

Versammlungs-Anzeiger.

In vorliegender Nummer werden folgende Versammlungen bekannt gegeben:

Zeitz: Holzarbeiter. Die Versammlung am Sonnabend, 22. Febr., fällt aus, dafür am Freitag, 21. Februar.
„ Freiwillige Unterstützungskasse aller Handwerker und und Arbeiter, Sonnabend, 22. Februar.
Luckenau: Bergarbeiter-Versammlung, Sonntag, 23. Febr.
Weißenfels: Lichtbildervortrag, Sonnabend, 22. Febr.
Hohenmölsen: Sozialdem. Verein, Sonntag, 23. Febr.
Delitzsch: Gewerkschaftskartell, wissenschaftlicher Vortrag, Sonnabend, 22. Februar.

Quittung.

Annaburg. An die Parteikasse gingen ein von Paul Gutewort 2.—, von H. B. 0.75, auf Listen Nr. 111 und 112 10.75, Nr. 115, 116 und 119 10.80 Mark. H. Wendel.

Rehmsdorf. Zum Fonds eines eigenen Blattes gingen ein: Auf Liste 751 12.15, 752 4.80, 753 2.30, 754 leer, 755 4.45, 756 1.35, 757 0.90 Mark; Döbitzschen Nr. 758 10.45, Gleina 759 steht noch aus, Lotzsch 760 6.80 Mark. E. Bauer.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Möbelfabrik C. Hauptmann,
Billigste Bezugsquelle kompletter
Möbel-Ausstattungen
und einzelner Möbel.
Halle a. S. Kl. Ulrichstr. 36 a u. b.
Kulanteste Zahlungsbedingungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190802 21-11/fragment/page=0003

Rossfleisch.

Nur prima Ware, sowie alle hochfeinen Wurstwaren, jeden Abend die bekannte ff. Wärme.

M. Bennert, Weißenfels. Roßschlächterei und Wurstfabrik.

Wiederverkäufer: Buch, Lützen, Rossenkranz, Teuchern u. Vogel in Freyburg.

Kartoffeln, nur beste Ware, 5 Ltr. 30 Pf., in Zentn. bill. empf. R. Wollmann, Bernhardtyst. 9.

Freitag und Sonnabend Lebensmittel Freitag und Sonnabend

Soweit Vorrat. Soweit Vorrat.

Schinkenspeck	℔	95 Pf.
Fetter Speck	℔	63 Pf.
Rauchfleisch	℔	73 Pf.
Leberwurst	℔	52 Pf.
Cervelatwurst	℔	98 Pf.
Salami	℔	98 Pf.

Eisbeine Pfund **48** Pf.

Edamer Käse	℔	72 Pf.
Schweizerkäse	℔	78 Pf.
Spinat	2 ℔-Dose	38 Pf.
Wachsbohnen	2 ℔-Dose	32 Pf.
Leipz. Allerlei	2 Pfd.-Dose	45 Pf.
Stachelbeeren	2 ℔-Dose	62 Pf.

Apfelsinen 10 St. 35 25 **18** Pf.

Pflaumen	2 ℔-Dose	40 Pf.
Birnen	2 ℔-Dose	58 Pf.
Gem. Früchte	2 Pfd.-Dose	85 Pf.
Oelsardinen	Dose 35	28 Pf.
Reis	℔	13 Pf.
Weisse Bohnen	℔	14 Pf.

Frische Eier 10 Stück **68** Pf.

Linsen	℔	14 Pf.
Mischobst	℔	24 Pf.
Puddingpulver	5 Pack	20 Pf.
Kartoffelmehl	℔	12 Pf.
Gelbe Erbsen	℔	12 Pf.
Birnen getr.	℔	23 Pf.

Cacao ½ Pfund garantiert rein Hall. Fabrik. **58** Pf.

Aprikosen	½ ℔	33 Pf.
Pfefferminzbruch	¼ ℔	7 Pf.
Gem. Bonbons	¼ ℔	7 Pf.

Hohenmölsen Sozialdem. Verein. Hohenmölsen

Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr bei Herrn Fuchs in Steckelberg

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung pro 4. Quartal 1907. 2. Presse. Referent: Leopold. 3. Die Gemeinde-Vertreter-Wahlen. 4. Verschiedenes.

Gäste haben Zutritt.

Alle Parteigenossen müssen erscheinen. **Der Vorstand.**

Freiwill. Unterstützungskasse aller Handwerker und Arbeiter von Zeitz. Zuschusskasse (E. H.)

Sonnabend, den 22. Febr. abends 8¼ Uhr in Naumanns Restaurant, Gartenstraße

statutengemässe Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes und des Kassierers; Entlastung desselben; Bericht der Revisoren und Jahresrevisoren. 2. Geschäftliches.

Der Vorstand.

Gewerkschafts-Kartell Delitzsch.

Sonnabend den 22. Februar abends 8½ Uhr im Lindenhof

Gross. wissenschaftlicher Vortrag

des Herrn **Albin Liebig** aus Halle.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Kartellvorstand.**

Zeitz-Weissenfelser Braunkohlenrevier. Luckenau.

Sonntag den 23. Febr., nachm. punkt 3 Uhr, bei Herrn Herzog

gr. öffentl. Bergarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter und wie können wir dieselbe verbessern. Ref.: Bezirksleiter Herr. Weickart-Zeitz. 2. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind folgende Zahlstellen eingeladen: Luckenau, Theissen, Gaumnitz, Trebnitz, Naundorf u. Kretzschau. Ganz besond. werden die Arb.-Ausschussmitgl. od. Gruben-Kommissionen, welche zu diesem Bezirke gehören, gebeten, zu erscheinen.

Eintritt 10 Pfg. **Der Einberufer.**

Deutsch. Holzarbeiterverb. Zahlstelle Zeitz.

Die Versammlung am Sonnabend d. 22. Febr. fällt aus.

Freitag den 21. Febr. abends 8½ Uhr bei Kämpfe

ausserordentl. Mitgliederversammlung

Tagesordnung: Das Wirken unseres verstorbenen Kollegen Karl Kloss.

Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung darf Niemand fehlen. **Die Verwaltung.**

Weissenfels. Weissenfels.

Sonnabend, den 22. Februar abends 8 Uhr in „Stadt Naumburg"

Lichtbilder-Vortrag

von **E. Laube-Leipzig.**

Die Küsten dreier Erdteile

Karten im Vor-Verkaufe bei **O. Schmidt,** Klosterstraße 10, i. d. **Verkaufsstell. d. Konsum Vereins:** Am Kloster 3, Schillerstraße 6 u. Kleine Deichstr. sowie im **Bureau der Schuhmacher,** Leipzigerstr. 20.

Vor-Verkauf 25 Pf. An der Kasse 30 Pf.

Kinder 15 Pf. an der Kasse.

Das Gewerkschafts-Kartell.

Teuchern.

Sonntag den 23. Februar 1908 von abends 7½ Uhr an

grosses öffentliches Gesangs-Konzert

verbunden mit Theater u. humoristischen Vorträgen ausgeführt vom Arbeiter-Gesangverein. — Zum Vortrag gelangen Lieder für Männer- und gemischten Chor. — Zur Aufführung kommt u. a. das überall mit großem Beifall aufgenommene Drama in 3 Akten: **Die gesicherte Existenz,** sowie verschiedene originelle, großen Lacherfolg erntende Stücke.

Hierzu erlauben wir uns Freunde und Gönner des Vereins zu zahlreichem Besuche ergebenst einzuladen.

Th. Kuhblank. **Der Arbeiter-Gesangverein.**

Zigarren ◻ Zigaretten ◻ Tabake

nur gute, abgelagerte Qualitäten, in allen Preislagen.

Hamburger u. Bremer Zigarrenlager. (O. Krachs Nachf.) Karz 58.

Wo erhält man für wenig Geld einen gutsitzenden

Anzug oder Paletot?

So eine Frage! Beim Schneidermeister

Heimsath, Steg 19,

erhalten Sie immer noch etwas Gediegenes in der **Herren-Kleiderbranche** für wenig Geld.

Räumfuhren w. bill. angen. **G. Weinhold,** Herz 5.

Hamburger Engros-Lager

Leopold Nussbaum G. m. b. H.

Gr. Ulrichstr. 30/31. Halle a. S. Barfüsserstr. 3/5

Droyssig. Deutsches Haus.

Von Sonnabend den 22. Febr. ab Ausschank von ff. **Bockbier.**

Hierzu ladet freundl. ein **Gustav Ziehbold.**

Voranzeige!

Freie Athleten-Ver. Zeitz.

(Mitgl. des Arb.-Athl.-B.)

Sonntag, den 1. März im Saale des Schützenhauses

Gross. Maskenball

verbund. m. Aufführung.

Die zwei besten Herren- und Damenmasken werd. prämiiert.

Der Vorstand.

Zeitz.

Steinerts Restaurant.

Sonntag den 23. Febr.

gr. Bockbier-Rummel.

Theissen.

Blauer Stern.

Zu dem am **Sonntag den 23. Februar 1908** stattfindenden

humoristischen Konzert

mit darauffolgendem **Kränzchen** d. **Mundharmonika-Klubs Trombone** empfehle **Speisen u. Getränke in bekannter Güte.**

Emil Boettcher.

Sonntag den 1. März

Großer öffentlicher Volks - Maskenball

unter Leitung des **Ring- und Stemmklubs Theissen.**

Urkomische Aufführung, originelle Ueberraschung.

Sautzschen.

Arbeiter - Turnverein.

Sonntag den 23. Febr.

Turner-Ball.

Freunde und Gönner d. Turnsache lad. höfl. ein **Reinh. Sicker. D. Turnwer.**

!Rossfleisch!

Diese Woche wieder ff.

Alles übrige wie bekannt nur delikat bei

A. Thurm,

Reilstrasse 10.

Anzüge

nach Maß oder fertig für Konfirmanden 20-30 M. für Herren 40-65

Auf Wunsch wöchentlich 1.00 M. oder monatlich 5.00 Mk.

Reellste Bedienung. — Kein teurerer Preis wie gegen bar.

Offert. unt. **Z. 6699** an **Haasenstein & Vogler, Halle a. S.** erb.

Solide Familien

erhalten sämtl. Wäscheartikel, Cardinen, Kleiderstoffe etc. in reeller Ware auf **Teilzahlung** bei **Fr. Gronau,** Barfüsserstr. 16.

Jungenstiefel,

getragene, sehr gut erhaltene, große Auswahl, bill. **J. Sternlicht,** Kl. Markt 11.

Schwapp

tötet sicher Kopfläuse und deren Brut. à Fl. 60 Pf. bei **Ernst Fischer, Moritzzwinger 1.**

Seefischkochbücher gratis.

Nordsee-Halle.

Seefische billiger!

Von frischen Fängen unserer Dampfer

empfehlen wir:

ff. Kabeljau im Anschnitt	Pfd.	30 Pf.
ff. Seelachs im Anschnitt	Pfd.	30 Pf.
ff. Schellfisch im Anschnitt	Pfd.	40 Pf.
ff. Helg. Schellfisch groß	Pfd.	45 Pf.
ff. Helg. Schellfisch mittel	Pfd.	30 Pf.
ff. Helg. Schellfisch Portion	Pfd.	25 Pf.
ff. Brat-Schellfisch	Pfd.	20 Pf.
ff. Knurrhahn	Pfund	25 Pf.
Bratschollen	Pfd.	30 Pf.
ff. Scholle 3- bis 4pfdg.	Pfd.	50 Pf.
ff. Rotzunge Ia. helle	Pfd.	60 Pf.
Koteletten bratfertig	Pfd.	35 Pf.
Seehecht-Koteletten	Pfd.	60 Pf.
Austernfisch-Kotel.	Pfund	60 Pf.

Steinbutt, Heilbutt, Rotfl. Flusslachs

Im Anschnitt.

Grüne Heringe

per Pfd. **10** Pfg.

Zubereitung der Seefische.

Seefische kochen.

Zum Kochen von Seefischen in ganzen Stücken eignen sich besonders Schellfische, Kabliau, Seelachs, Seehecht, Austernfisch, Lengfisch, Heilbutt, Steinbutt, Goldbarsch, Knurrhahn, Scholle, Seekarpfen.

Zubereitung.

Die Fische werden innen und außen gut gereinigt (nicht gewässert). Eine empfehlenswerte Kochmethode ist: Das Wasser zum Kochen bringen und eine halbe Stunde kochen zu lassen, ehe man die Fische einlegt. Die Gewürze lasse man mitkochen. Man lege den Fisch in das kochende Wasser und nehme ihn heraus, sobald sich die Flossen mit der Hand ablösen lassen oder die Augen weiß sind. Als Gewürz füge man reichlich Salz zu, etwas Gewürzkörner und eine geschälte Zwiebel, Lorbeerblätter nur wer es liebt.

Man kann die Fische auch in kaltem Wasser ansetzen und langsam erhitzen; sobald das Wasser siedet, zieht man das Kochgeschirr vom Feuer und läßt sie seitwärts ausziehen, ohne daß sie kochen.

Der gekochte Fisch wird auf eine warme Schüssel gelegt und gut zerlassene Butter (nicht braune) dazu gegeben. Die Butter kann man auch mit Fischwasser verdünnen. Eine Zugabe von frischer Petersilie, Senf oder Dill in die zerlassene Butter erhöht d. Wohlgeschmack. Als Beigabe eignen sich am besten Salzkartoffeln.

Seefische gebraten.

Zum Braten werden größere Fische (Mittelstücke) enthäutet und von den Gräten gelöst.

Das Fleisch wird in Filets geschnitten und etwas geklopft. Kleinere Fische, bis zu einem Pfund schwer, werden ganz gebraten.

Zum Zubereiten von Filets eignen sich ganz besonders Kabliau, Seehecht u. Austernfisch. Zum Braten im ganzen verwendet man Seezungen, Rotzungen, kleinere u. mittlere Scholle, Bratschellfische. Rotzunge und Seezunge wird vorher enthäutet.

Zubereitung.

Die Filets oder ganz. Fische werden vor dem Braten auf beiden Seiten etwas gesalzen u. in Weizenmehl umgewendet, man lege sie dann in das siedende Fett. Wenn sie einige Minuten gebraten, wendet man sie um und läßt sie fertig braten. Zu gebratenem Fisch eignet sich als Beigabe am besten Kartoffelsalat.

„Nordsee-Halle"

der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee".

Telefon 1275. **Gr. Ulrichstrasse 58.** Telefon 1275.

Seefischkochbücher gratis.

I. Menzenhauer'scher Guitarre-Zither-Verein.

Gegründet 1899. **Gegründet 1899.**

Sonnabend, d. 22. Febr., abds. 8½ Uhr in Freybergs Garten

Maskenball.

Ohne Karte kein Zutritt. Karten beim Vorstand u. Vereinswirt.

Freunde und Gönner willkommen. **Der Vorstand.**

Osterfeld.

Gasthof goldene Sonne.

Sonnabend, Sonntag u. Montag d. 22., 23. u. 24. Febr.

grosses Bockbierfest.

Sonntag: ff. Speckkuchen.

Es ladet ergebenst ein **Fr. Schart.**

Sämtliche Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190802211/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 44. Halle a. S., Freitag den 21. Februar 1908. 19. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

195. Sitzung. Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Nieberding, v. Bethmann-Hollweg.

Die zweite Lesung des

Justizetats

wird fortgesetzt.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Existenz der Klassenjustiz hat gestern auch der Abg. Heinze anerkannt. Er behauptet freilich, daß auf dem Gebiete des Zivilrechts im Gegensatz zu dem Kriminalrecht von Klassenjustiz nicht gesprochen werden könne. In wachsender Weise bemächtigt sich die Klassenjustiz auch des Zivilrechts, und es ergehen fortwährend Urteile, die geeignet sind, den Arbeitern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht zu nehmen. In Hamburg ist dem Vorstand des Hafenarbeiterverbandes bei Strafe von 1500 Mark für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung untersagt, Warnungen vor Zuzug nach dem Hafen im Vorwärts und im Hamburger Echo zu veröffentlichen, oder die Kontraktarbeiter als Streikbrecher zu bezeichnen oder sonst herächtlich zu machen. Verwunderlich ist dies Urteil nicht, denn die Hamburger Richter sind Fleisch vom Fleisch und Blut vom Blut der Hamburger Arbeitgeber. Daher kommen denn solche Klassenjustizurteile. Das Wesentliche der Klassenjustiz besteht nicht in der subjektiven Rechtsbeugung, obwohl auch solche Fälle denkbar sind, sondern darin, daß die Richter gegenüber Arbeiterinteressen gar nicht in der Lage sind, objektiv zu urteilen. Auch im Mordprozeß Hau sind keineswegs objektiv alle Spuren verfolgt, sondern nur eine bestimmte Spur, zumal bei der Beschränkung des Rechts der Verteidigung liegt darin gerade etwas Gemeingefährliches. In Karlsruhe hat der Staatsanwalt im Widerspruch mit dem Preßgesetz der Oeffentlichkeit Mitteilungen aus den Prozeßakten gemacht. Diese unzulässige Praxis herrscht in politischen Prozessen, und die Polizei gütteret die Zeitungen geradezu mit unwahren Nachrichten über politische Prozesse. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Nadauxiaden, die nach dem Hauptprozeß passiert sind, wurden nicht von Sozialdemokraten inszeniert, sondern von dem Pöbel in Leidenhütten, der sich sonst als Stimmvieh gegen die Sozialdemokraten benutzen läßt. Hau war so recht eine Figur aus einem Schundroman, ein religiöser Mann und doch ein verlotterter Kerl, der mit Frauenzimmern umzugehen verstand. Im Anschluß an den Hauptprozeß hat ein badischer Richter sich über die bürgerliche Presse tadelnd ausgelassen und die sozialdemokratische Presse lobend erwähnt. Ein anderer badischer Richter hat sich wiederum über die Kritik Meinhardts ausgesprochen und dabei höchst anerkennenswerte Betrachtungen über das Wesen und die Entstehungsgründe der Klassenjustiz angestellt. Er hat darauf aufmerksam gemacht, daß zum großen Teile Klassenjustiz aus der völligen Unkenntnis entspringt, die im Richterstande über die sozialdemokratische Weltanschauung besteht. Der Richter schließt: „Soll die Klassenjustiz verschwinden, so müssen wir unsere Richter zu höherem sozialen Verständnis erziehen und die Gesetzgebung mit sozialem Geist erfüllen. So lange das nicht geschehen ist, wollen wir uns nicht über den Vorwurf der Klassenjustiz wundern, sondern vielmehr darüber, daß man das Vorhandensein der Klassenjustiz zu leugnen die Keckheit oder Unwissenheit besitzt." (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich habe mich gefreut, daß gestern auch Herr Heinze die Klassenjustiz anerkannt hat. (Abg. Kreth ruft: „Nun hat er sein Lob weg." — Heiterkeit.)

Eben ist erst wieder in Elbing ein empörender Fall von Klassenjustiz vorgekommen. Ein Gewerkschaftsführer ist für wahrheitsgemäße Kritik solcher Zustände auf Kirchenbauerei wegen Beleidigung der Majestät dieser Firma (Heiterkeit) zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dabei ergab sich, daß der Staatsanwalt von der Existenz des Reichsarbeitsblattes keine blasse Ahnung hatte. (Hört, hört! b. d. Soz.) An demselben Tage, da dies in Elbing geschah, wurde in Berlin ein Schutzmann, der eine anständige Frau angerempelt, mit „Sau" angeredet, ihr mit Verhaftung gedroht und gegenüber dem in gerechte Entrüstung geratenen Publikum blank gezogen hat, zu — sage und schreibe! — 100 Mark Geldstrafe verurteilt! (Lautes Hört, hört! links) Und da wagt man es noch, die Klassenjustiz verleugnen zu wollen.

Auf dem Gebiet der Rechtsprechung gegenüber Jugendlichen ist einiges geschehen. Aber immer und immer noch werden Hunderte und Aberhunderte Kinder, die nur die unschuldigen Opfer ihres Milieus sind, ins Gefängnis geworfen und fürs Leben verdorben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In Beuthen sind zwei Kinder von 12 und 14 Jahren wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu einem Jahr Gefängnis von einem gelehrten Richterkollegium verurteilt worden. (Hört, hört! b. d. Soz. — Abg. Kreth ruft: „Das haben wir schon im vorigen Jahre gehört!") Ich freue mich, daß wenigstens etwas von meiner Rede bei Ihnen hatten geblieben ist. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) Die Sache hatte noch ein Nachspiel und deshalb bringe ich den Fall nochmals vor. Wegen Kritik dieses Urteils wurde der Redakteur Braun von der inzwischen eingegangenen Neuen Gesellschaft zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Reichsgericht verwarf die Revision, weil es sich nicht um eine Kritik wissenschaftlicher Leistungen handle, die den Schutz des § 193 genießt. Damit hat das Reichsgericht erklärt: Urteile, wie das Beuthener, sind keine wissenschaftlichen Leistungen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Reichsgericht also versetzt der Justiz eine klatschende Ohrfeige, erklärt die Justiz für unter aller Kritik stehend. (Sehr gut! b. d. Soz.) Im übrigen, wenn richterliche Urteile keine wissenschaftlichen Leistungen sind, warum macht man dann nicht Männer aus dem Volke zu Richtern. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Klage ist auch zu führen über den groben Ton, der mehr und mehr bei den Gerichten einreißt. Angeklagte werden behandelt, als ob sie schon verurteilt seien. Ein Richter hat eine Verhandlung mit den Worten begonnen: Ziehen Sie Ihre Berufung zurück, sonst gibt es das Doppelte! (Hört, hört! b. d. Soz.) Gleich darauf sagte derselbe Richter: Wozu sind denn die Strafbefehle da, wenn immer Einspruch erhoben wird. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eben derselbe Richter, — in Neumark — fuhr einen Angeklagten, der ihn wegen Befangenheit ablehnte, mit den Worten an: Halten Sie Ihr Maul, sonst lasse ich Sie einsperren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist preußische Art! Das ist preußischer Ton! (Unruhe rechts. Sehr gut! b. d. Soz.) Das ist derselbe Geist, wie er im preußischen Abgeordnetenhause herrscht! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Durch einen Berichterstatter der Breslauer Volksmacht, dem übrigens der Richter das Notizenmachen verbieten wollte (Hört, hört! b. d. Soz.) kam die Sache in die Oeffentlichkeit, und der Richter wurde seines Amtes enthoben. Aber damit ist der Gerechtigkeit nicht Genüge gegeben. Während jede Versuche, Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaften zu bewegen, unter allen Vorwänden drakonisch bestraft werden, können sich Unternehmer alle möglichen Drohungen leisten, die bei Arbeitern sicher als Erpressungen betrachtet werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Polizei erlaubt sich alle möglichen Eingriffe in die Justiz, und der preußische Staat erniedrigt sich soweit, daß er russische Geheimpolizisten in seinen Gefängnissen herumlaufen läßt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein Gutsbesitzersohn erhielt wegen Mißhandlung seiner eigenen Mutter 50 Mark Geldstrafe; aber für ein harmloses Wort gegen Streikende wurde in Solingen ein Arbeiter 14 Tage ins Gefängnis gesperrt. Der Dr. Böhme tischte hier neulich das dumme Märchen auf, daß sozialdemokratische Arbeiter ihren eigenen Vater überfallen hätten. Kümmere er sich lieber um die Roheiten in seinen eigenen Gesellschaftskreisen. In Jena traf ein Schutzmann auf eine Horde skandalierender und randalierender Studenten, die übrigens nicht für das Wahlrecht demonstriert hatten. (Sehr gut! b. o. Soz.) Auf seine Aufforderung, auseinanderzugehen, wurde ihm zugerufen: Halten Sies Maul, Sie dämliger Dreckkerl! Dafür gab es Geldstrafen von 5 bis 50 Mark (Zurufe.) Ich habe nichts gegen diese milden Urteile an sich, ich sage das nur im Vergleich, damit, weil Urteile gegen Arbeiter von empörender Härte sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aehnliche und schlimmere Fälle mit gleicher und milderer Bestrafung sind in Halle und Dortmund passiert. Ich könnte die ganze Session durchreden, wenn ich all die Fälle aufzählen wollte. (Abwehrende Handbewegung im Zentrum. — Heiterkeit.) In Leipzig erklärte gegenüber einem Studenten das Gericht: Auch wenn er in Abrede stelle, betrunken gewesen zu sein, so müsse doch das Gericht zu seinen Gunsten annehmen, daß er in Trunkenheit gehandelt habe. (Heiterkeit und Hört, hört! b. d. Soz.)

Aehnlich gut wie die Studenten werden die Polizisten vor Gericht behandelt, und noch besser als die Polizisten, die Arbeitswilligen. Ein oberschlesischer Polizist hatte einen Grubenarbeiter mit Faustschlägen traktiert, das ist gewiß die deutsche Verhandlungssprache, von der im Vereinsgesetz so viel die Rede ist. (Heiterkeit) — und erhielt dafür 75 Mark Geldstrafe. (Hört, hört! bei den Soz.) Nun, wenn die Richter aus allen Schichten des Volkes genommen würden, wäre ein Aufhören oder doch eine Milderung der Klassenjustiz zu erwarten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Für infame Beleidigungen eines Bürgermeisters, durch die die Frau des Bürgermeisters in geistige Umnachtung gestürzt worden ist, wurde der Bruder des bekannten Kriegsgerichtsrats Romen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die Strafe ist im Jahre 1903 verhängt, aber bis heute noch nicht vollstreckt worden. (Lautes Hört, hört! bei den Soz.) Augenscheinlich ist hier der Einfluß des Geheimen Kriegsrats Romen im Spiele. Es heißt, daß inzwischen die hohe Verwandtschaft die Umwandlung der Gefängnisstrafe in Festungshaft durchgesetzt hat. Das ist noch mehr bloß Klassenjustiz, das ist offenbare Demoralisation. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz. — Unruhe rechts.) Es ist derselbe Kriegsgerichtsrat Romen, der die Behauptung aufgestellt hat, daß Sozialdemokraten auf Grund ihres Programms sich für berechtigt zum Meineide hielten. Seit den letzten Wahlen scheint sich bei den Gerichten die Praxis einzubürgern, Beleidigungen der Sozialdemokratie straffrei zu lassen. Landgerichte und Schöffengerichte haben sich vereinigt, um dem Reichsverbande ein Privileg auf Verleumdung der Sozialdemokratie einzuräumen (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ich möchte noch ein paar Worte zugunsten unserer Resolution sagen, welche für Bureauangestellte — und für Landarbeiter Gerichte nach Art der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte verlangt. Für die rechtlosen Landarbeiter, denen in den meisten deutschen Staaten das Koalitionsrecht verweigert wird, sind solche Gerichte noch notwendiger, als für die gewerblichen Arbeiter und die Handlungsgehilfen. In den 70er Jahren waren auch das Zentrum und sogar die Rechte dieser Ansicht. Wenn den Landarbeitern besserer Rechtsschutz gegeben wird, werden auch die Konservativen nicht mehr so viel über Landflucht der Arbeiter zu klagen haben. — Der Abg. Spahn hat früher widerholt den Gedanken angeregt, eine Instanz zu schaffen, die dafür sorgt, daß die Landesgesetzgebung nicht auf das Reichsrecht übergreift. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts hat die Pflicht, für die Befolgung der Reichsgesetze zu sorgen. Nun hat jüngst der preußische Minister des Innern eine Verfügung erlassen, wonach alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiter aus Rußland und Oesterreich-Ungarn, die in Deutschland arbeiten, gezwungen sein sollen, sich bei der Feldarbeiterzentrale eine Legitimationskarte für 2 Mk. zu kaufen, die ihnen entzogen wird, wenn sie in einen Streik mit ihren Arbeitgebern geraten und der Landrat ihnen Unrecht gibt. Die Entziehung ihrer Karte zieht sofort ihre Ausweisung nach sich. Die Verfügung degradiert die ausländischen Arbeiter zu Heloten und verstößt gegen ausdrückliche Bestimmungen im Paßrecht des Deutschen Reiches. (Hört, hört! bei den Soz.) Wie kommt ferner der preußische Minister des Innern dazu, die Verfügung für ganz Deutschland zu erlassen? (Hört, hört! bei den Soz.)

Früher haben selbst die Nationalliberalen einem Antrag unseres verstorbenen Liebknecht zugestimmt, der die Ausländer gegen Ausweisung schützen sollte. In der Reichsverfassung ist das Paßrecht ausdrücklich als Reichssache bezeichnet. Es ist ferner ein flagranter Verstoß gegen den Geist der Reichsverfassung, daß ein Unterschied zwischen ausländischen Arbeitern und anderen Ausländern geschaffen wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist ferner eine flagrante Beleidigung des ganzen Arbeiterstandes, daß Halunken, Spitzbuben, Einbrecher keine Legitimationspapiere brauchen, wohl aber ausländische Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Verfügung verstößt ferner gegen die Gewerbefreiheit, sie verstößt gegen das Gerichtsverfassungs-Gesetz, indem sie einer nicht richterlichen Behörde, dem Landrat, richterliche Befugnisse gibt. Sie verstößt gegen die Handelsverträge, in denen den Ausländern ausdrücklich dieselben Rechtsgarantien wie den Inländern zugebilligt werden. Nach den Handelsverträgen sollen den Ausländern keine besonderen Auflagen auferlegt werden; aber die Verfügung besteuert ausländische Arbeiter zugunsten der Feldarbeiterzentrale, die so wie so schon Millionen verdient. (Hört, hört! bei den Soz.) Als im Jahre 1870 die Deutschen aus Paris ausgewiesen wurden, erklärte König Wilhelm mit Recht, daß selbst im Kriege das Gastrecht heilig und ehrwürdig sein müsse. (Hört, hört! bei den Soz.) Jetzt aber droht ein preußischer Minister den ausländischen Arbeitern mit Massenausweisungen und begeht damit einen krassen Vertragsbruch gegenüber den Handelsverträgen, und reizt durch eine Prämie von vier Millionen die Arbeitgeber zum Kontraktbruch auf, während er vorgibt, den Kontraktbruch bekämpfen zu wollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) So macht sich ein preußischer Minister eines internationalen Rechtsbruchs und eines Verfassungsbruchs schuldig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und seit wann hat ein preußischer Polizeiminister das Recht, für ganz Deutschland Verfügungen zu treffen? (Großer Lärm rechts.) Seit wann sind Süd- und Westdeutschland der Autonomie beraubt und dem Polizeiknüppel Preußens unterstellt? (Wütender Lärm rechts. — Sehr gut! bei den Soz.) Die Rechte hat gut Lachen, sie weiß ja, daß gegen Preußen nicht die Reichsexekution vollstreckt werden kann. (Abg. Kreth: Stimmt!) Das entbehrt die Reichsbehörden nicht, die Reichsverfassung zu schützen. (Lebh. Beifall bei den Soz.) Die Klassenjustiz, die in Deutschland herrscht, ist eine Bankrotterklärung der heutigen Gesellschaftsordnung. (Lebh. anhaltender Beifall b. d. Soz. — Große Unruhe rechts.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Seine Klagen über die angebliche Verletzung des Reichspaßrechts mag der Vorredner beim Ressort des Innern wieder vorbringen. (Abg. Kreth ruft: Das kann ja hübsch werden! — Gelächter bei einigen Rechten.) Ich habe meist nicht das Bedürfnis gefühlt, auf die Reden des Herrn Stadthagen zu antworten. (Sehr gut! rechts.) Seitdem man aber auf dem Jenaer Parteitage die Kapitel von den Soldatenmißhandlungen und der Klassenjustiz als besonders wirksames Agitationsmaterial bezeichnet hat (Sehr richtig! bei den Soz., Abg. Liebknecht ruft: Sie wirken, weil die Masse Rechtsgefühl hat), habe ich mich doch entschlossen, zu antworten. In der Sozialdemokratie sind oftmals Entscheidungen des Parteivorstandes als parteifeindlich angegriffen worden. Hier aber wagt es der Vorredner, die Richter des bürgerlichen Staates der Parteilichkeit zu verdächtigen. Gewiß kommen bedauerliche und tadelnswerte Urteile vor; wenn man aber auf den Grund geht, so sehen sie meist etwas anders aus, als sie von den Sozialdemokraten dargestellt werden. Damit erledige ich die Fälle des Herrn Stadthagen. (Zuruf bei den Soz.: Und Romen?) Diesen Fall hat Herr Stadthagen in einer Art und Weise behandelt, daß ich es nicht für angemessen halte, darauf einzugehen. (Lautes Lachen bei den Soz.)

Ich weise mit allem Entschiedenheit die Beschimpfungen des deutschen Richterstandes durch Herrn Stadthagen zurück. (Lachen bei den Soz.) Vorsätzliche Rechtsbeugungen würden allseitig verurteilt werden. Wie kann da von Klassenjustiz gesprochen werden. (Zuruf bei den Soz.: Herr Heinze hat das selbe behauptet!) Es gibt keine Klassenjustiz in Deutschland. (Bravo! rechts. — Lautes Lachen bei den Soz.)

Abg. Gräber (Zentr.): Gewiß sind fehlerhafte Urteile gefällt worden, aber man darf nicht gegen den ganzen Richterstand den Vorwurf der Klassenjustiz erheben. Menschliche Unvollkommenheiten würden auch vorkommen, wenn alle Richter aus sozialdemokratischen Kreisen genommen würden. (Zuruf b. d. Soz.: Probieren Sie es einmal!) Wir wollen's lieber nicht versuchen. (Heiterkeit.) Mit den Ausführungen des Herrn Heinze kann ich mich durchweg einverstanden erklären; aber seine hohen Wertschätzung der Zivilgerichts-Praxis kann ich nicht zustimmen. Sie ist nicht volkstümlich genug, weshalb wir ja zur Einführung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte genötigt worden sind. Norddeutsche Referendare würden wir in Süddeutschland dankend ablehnen. (Heiterkeit.) Die allgemeine Zuziehung von Laienrichtern würde sich als treffliches Heilmittel bewähren, und uns vor allzu vielen Sondergerichten bewahren. — Redner tritt für reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs, Einrichtung von Jugendgerichten, Ehren- für Schöffen und Geschworene ein und befürwortet die Resolution seiner Partei auf Selbstbetätigung und Selbstbeschäftigung der Gefangenen, bekämpft dagegen die sozialdemokratische Resolution auf Ausdehnung des Rechts der Zeugnisverweigerung. Redner tritt weiter für gesetzliche Regelung der Tarifverträge als Vorbedingung für die Einführung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ein. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Dr. Ablaß (Freis. Volksp.): Dringend notwendig ist die Regelung des Strafverfahrens und Strafvollzugs bei jugendlichen Personen. Die Jugend muß geschützt werden, namentlich auch durch Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeit und vor allem auch der Heimarbeit. Ueber die Jugendgerichte, die wir im Prinzip billigen, müssen wir noch Erfahrungen einsammeln. Der Ausbau der bestehenden Gerichte ist besser, als neue Sondergerichte. — Die Erfahrungen des Moltke-Harden-Prozesses haben das Verlangen nach einer neuen Lex Heinze erweckt, und Herr Körner wittert Morgenluft. (Heiterkeit) Wir wünschen wirksame Bekämpfung des Schmutzes, wollen aber nicht Literatur und Kunst den Dunkelmännern preisgeben. In Breslau sind wieder einmal die Reproduktionen hervorragender Kunstwerke als unsittlich beschlagnahmt worden. (Hört, hört! links. — Die Bilder sind auf den Tisch des Hauses niedergelegt und werden von vielen Abgeordneten und auch vom Präsidenten Graf Stolberg in Augenschein genommen.) — Aufs schärfste zu protestieren ist gegen das Verfahren der Staatsanwaltschaft im Moltke-Harden-Prozeß. Die Staatsanwaltschaft nahm sich heraus, ein schöffengerichtliches Urteil als nicht vorhanden zu betrachten. (Sehr wahr! links.) Aus das entschiedenste ist ferner gegen die eingerissene Praxis zu protestieren, die Rechte der Verteidigung vor Gericht zu beschränken. Erbittert muß es wirken, daß der freireligiösen Gemeinde in Breslau auf Betreiben zweier preußischer Minister die Genehmigung eines Vermächtnisses von 20 000 Mk. versagt worden ist, zumal da, wenn diese Entscheidung endgültig bleibt, das Geld an den preußischen Fiskus fällt. (Hört hört!) — Notwendig ist es auch, das Plakatwesen durch Reichsgesetz zu regeln. Der Sozialdemokratie in Breslau ist ein Plakat verboten worden, weil es das bekannte Wort Bismarcks vom preußischen Landtagswahlrecht als dem elendesten aller Wahlsysteme enthielt. (Hört, hört! bei den Soz.) Im Interesse des Ansehens der deutschen Justiz müssen ihr noch viel alte Zöpfe abgeschnitten werden. (Bravo! bei den Freis.)

Nachdem in einer persönlichen Bemerkung Abg. Dr. Heinze (natlib.) erklärt hat, er habe nur gelagt, daß es den Richtern oft schwer falle, Anschauungen anderer Kreise richtig zu beurteilen, und dies sei etwas ganz anderes, als was die Sozialdemokratie Klassenjustiz nennt, wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. (Vorher Telefunkengesetz.)

Schluß gegen 7 Uhr.

Mein im Jahre nur einmal stattfindender

Schuhwaren-Inventur-Räumungs-Verkauf

endet Sonnabend, den 29. Februar.

Aufsehenerregend herabgesetzte Preise.

August Pirl, Geiststrasse 10.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 20. Februar.

Es geht los.

Was wir voraussagten, ist eingetroffen: Der Konkursverwalter des verkrachten „Neuen Konsumvereins“ (Stahlmannsche Hirsch-Duncker-Richtung) klagt vor dem Amtsgericht gegen die Mitglieder im Interesse der Gläubiger. Gestern sollten vier Mitglieder zur Verantwortung gezogen werden wegen der Schlamperei der Verwaltung. Man macht sie für Beträge in Höhe des Anteils haftbar. Das ist bedauerlich, denn die irregeleiteten Proletarier sind nur ein Opfer der Täuschung geworden. Ein Beklagter erkannte die Mitgliedschaft an; zwei bestritten, Mitglieder zu sein, und Nummer 4 stellte eidlich in Abrede, eine diesbezügliche Unterschrift geleistet zu haben. Wie er „Mitglied“ wurde, weiß man nicht. Die Sache wurde behufs weiterer Beweiserhebung vertagt.

So viel man auch die Haftbarmachung der Mitglieder beklagen muß, so sind verschiedene Selbstverschuldungen nicht von der Hand zu weisen. Die Mitglieder des Neuen Konsumvereins sind Mitläufer der sog. liberalen Partei. Sie gründeten den neuen Verein, um damit dem sog. sozialdemokratischen Allg. Konsumverein das Lebenslicht auszublasen. Das gelang ihnen jedoch nicht; denn der Allg. Konsumverein steht fester gefügt als je da. Das Humorvolle bei der Geschichte ist aber, daß die bedauernswerten liberalen Arbeiter bei der letzten Reichstagswahl als Blockgenossen mit dem konservativen Konsumvereinstötter Suchsland in ein Horn tuteten. Und das geschah, obwohl Suchsland hier permanent gegen die Konsumvereine gewütet hat. Seine Bemühungen gegen den Allg. Konsumverein waren zwar erfolglos, aber seiner Tätigkeit ist es zum Teil mit zu verdanken, den Konsumverein der „Blockgenossen“ zur Strecke gebracht zu haben, denn die Hirsche sind scheue Tiere, sie wittern überall die „rote“ Gefahr. So arbeiten sich die Blockleute „Hand in Hand“. Nachträglich wird nun hoffentlich der liberalen Arbeiterschaft ein Licht aufgehen, und man wird prüfen, ob man bei künftigen Wahlen, „selbstverständlich unter Hochhaltung der bewährten liberalen Grundsätze“ noch ferner mit Suchsländern zusammengehen will. Herr Suchsland ist, nachdem ihm das Werk mit dem Neuen Konsumverein gelungen, hier sehr ruhig geworden. Auch im hiesigen Konservativen Verein ist kürzlich bedauert worden, daß er nicht an jeder Staatsaktion teilnehmen konnte. Ein Sprichwort sagt: „Der Prophet gilt im Vaterlande nichts.“ Ob das bei dem Herrn Titularprofessor zutrifft, wissen wir nicht. Das wissen wir aber, daß er jüngst im Konservativen Verein in Magdeburg eine Rede für das Dreiklassenwahlrecht geschwungen hat. Rund vierzig alte Herren in Gehröcken hatten sich zu der „Demonstration“ zusammengefunden und der Herr Professor sepzte in seiner possierlichen, zum Lachen reizenden Art, auseinander, daß es ein Dreiklassenwahlrecht überhaupt nicht gebe — denn im Wahlrecht stehe nichts von Klassen, sondern von Abteilungen. Diese Logik ist gewiß gut; sie ist aber nur ein Geistesblitz aus dem von dem Vorsitzenden des dortigen Konservativen Vereins als glanzvoll bezeichneten Vortrag. Wenn es der Raum unseres Blattes gestattet, kommen wir auf den ebenso humorvollen wie „leerreichen“ Vortrag noch einmal zurück. Für heute möchten wir nur an die im Block befindlichen Arbeiter die Frage richten, wie ihnen das Blockmitglied Suchslands gefällt? Herr Wiemer würde jedenfalls sagen — vorzüglich.

Der IV. allgemeine Kongreß der Krankenkassen Deutschlands findet, wie uns die **Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen**, Berlin SO. 16, Engelufer 15, mitteilt, Montag, den 11. und Dienstag, den 12. Mai d. J., in Berlin in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110, statt mit folgender Tagesordnung:

1. Die Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung. Referent: Herr G. Bauer, Berlin.
2. Die Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und deren Gefährdung. Referent: Herr A. Kohn, Berlin.

Zu diesem Kongreß werden alle Orts-, Betriebs-, Fabriks-, Innungs-, Knappschafts- und freie Hilfs-Krankenkassen Deutschlands hierdurch eingeladen. Hoffentlich sehen die Krankenkassenvorstände die Notwendigkeit des Kongresses ein, da es gilt, der Regierung unsere Wünsche gemeinsam zu erkennen zu geben.

Die Zentrale ersucht daher alle Vorstände genannter Krankenkassen, unverzüglich Stellung zu nehmen, Delegierte zu wählen und den Kongreß zu beschicken. Wo mehrere Kassen an einem Orte sind, können diese auch gemeinsam zu der Beschickung des Kongresses Stellung nehmen. Die Kosten für die Beschickung trägt jede Kasse resp. Kassenvereinigung selbst.

Der Kongreßbeitrag beträgt für jeden Teilnehmer fünf Mark. Dieser Betrag ist vorher bei der Anmeldung zum Kongreß an obige Adresse einzusenden, wonach jeder Gemeldete die Kongreßmitgliedskarte zugesandt erhält. Es ist daher notwendig, daß jeder Delegierte seine genaue Adresse angibt, damit ihm die Karte auch zugestellt werden kann.

Anträge für den Kongreß, welche die Tagesordnung betreffen, sowie sonstiges geeignetes Material ist spätestens bis zum 1. April d. J. an die Zentrale einzusenden.

Jeder Delegierte muß als Ausweis eine Mitgliedskarte oder ein von seinem Krankenkassenvorstand oder Kassenvereinigung ausgestelltes Mandat haben, aus welchem die nachstehend aufgeführten Fragen ersichtlich sind. Auf der Anmeldung ist die zu vertretende Krankenkasse sowie der Mitgliederbestand vom 1. März 1908 genau anzugeben. Ebenso ist anzugeben, ob der Vertreter Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder Kassenbeamter ist. Die Bezeichnung „Vorsitzender“ oder „Vorstandsmitglied“, genügt nicht.

Das Kongreßbureau wird am Sonntag, den 10. Mai, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, in der Germania, Chausseestraße 110, Hof part. rechts, geöffnet sein. Es können dort unter Vorzeigung der Mitgliedskarte die Kongreßabzeichen und evenll. Drucksachen in Empfang genommen werden.

Das diesjährige Ersatzgeschäft

findet vom 29. Februar bis 23. März im Restaurant Hallesche Aktienbrauerei, Dessauerstraße 1, statt.

Anträge auf Zurückstellung wegen häuslicher Verhältnisse — wozu Formulare im Bureau VII für Militär-Angelegenheiten, Rathausstraße Nr. 17 I, unentgeltlich verabfolgt werden — sind spätestens bis 24. Februar einzureichen.

Die Prüfung der eingereichten Reklamationen findet am Montag, den 23. März, statt und haben die Eltern (Großeltern oder unterstützungsbedürftigen Angehörigen) der Reklamanten hierzu persönlich zu erscheinen.

Militärpflichtige, welche infolge Wohnungswechsels 2c. eine Vorladung bis zum 24. Februar nicht erhalten haben, melden sich sofort im Bureau VII.

Wer sich der Gestellungspflicht entzieht, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder dementsprechend mit Haft bestraft.

Journalistischer Anstand.

Während des Gasarbeiterstreiks brachte der Generalanzeiger in einem Versammlungsberichte eine angebliche Aeußerung des Genossen Hagemeister, nach der er behauptet haben soll, die Polizei habe auf Streikende geschossen. Auf Grund dieser falschen Preßnotiz wurde Genosse Hagemeister auch an Polizeistelle vernommen. Da Gen. Hagemeister diese Aeußerung nicht getan hat, auch gar nicht tun konnte, weil etwas derartiges nicht vorgekommen ist, sandte er dem Generalanzeiger am 13. Februar folgende Berichtigung:

An die Redaktion des General-Anzeigers.

Halle a. S.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung:

„Es ist nicht wahr, daß, wie Sie in Ihrer Nummer 87, 1. Beilage schreiben, ich gesagt habe, die Polizei habe auf Streikende geschossen, sondern ich habe bemerkt, daß der Arbeitswillige Köhler aus Paffendorf einen polizeilichen Erlaubnisschein zum Tragen eines Revolvers erhalten habe, um auf Streikende schießen zu können.

Achtungsvoll

Eduard Hagemeister.“

Bis heute, also nach sieben Tagen, hat sich die Redaktion des Generalanzeigers nicht veranlaßt gesehen, diese Berichtigung, zu deren Veröffentlichung sie auf Grund des Preßgesetzes verpflichtet ist, zu bringen. Freilich, wenn der Berichtigende kein Arbeiter wäre, würde man nicht damit zögern. In der Beschimpfung der Arbeiter ist der Generalanzeiger nicht so langsam. In Nummer 8 vom 10. Januar ist ein Gerichtsbericht mit der Stichmarke versehen: „Organisierte“. Es handelt sich um die rohe Tat dreier Arbeiter gegenüber einem Invaliden. Trotzdem in der Gerichtsverhandlung die etwaige Organisationszugehörigkeit der drei Rohlinge gar nicht erörtert wurde, konnte es sich der unparteiische Generalanzeiger, der leider noch von vielen organisierten Arbeitern gelesen wird, nicht verkneifen, diese gehässige Stichmark, zu wählen. Konnte man damit doch den verhaßten Gewerkschaften indirekt eins auswischen. Nach unseren Informationen sind nun von den drei Verurteilten zwei ganz bestimmt nicht organisiert, während der dritte, Fr. Müller aus Nietleben, bis jetzt als Organisierter ebenfalls noch nicht festzustellen war. Unsere Bemühungen in dieser Hinsicht waren wenigstens vergeblich.

So sieht die Unparteilichkeit des Generalanzeigers aus. Wenn es gilt, organisierte Arbeiter mit Dreck zu bewerfen, ist man gleich zur Hand. Gilt es aber, die Ehre eines Arbeiters wieder herzustellen, da genügt nicht einmal das Preßgesetz, um den Generalanzeiger zu journalistischer Anständigkeit zu bewegen. Wenn es aber gilt, randalierender Bürschchen bürgerlicher Abstammung eine Brücke zu bauen, da gibt es nicht genug der Worte, um den Sinn zu verschleiern. Das nennt man in bürgerlichen Kreisen journalistischen Anstand. Wir nennen es anders!

---

* **Die Niederlage der Gasarbeiter** ist Wasser auf die Mühle unserer bürgerlichen Preßkulis. Besonders die Giftnudel entleert in der gestrigen Nummer ihre giftgeschwollenen Drüsen in einem längeren Elaborat über die Stellungnahme des Volksblattes zu den Streikbrechern, die wir und jeder anständig denkende Mensch natürlich nicht zu Ehrenmännern rechnen. Nach der Giftnudel hat der Magistrat recht gehandelt, daß er die Streikbrecher schützt. Diese Elemente verdienten, immer nach der Giftnudel, den Dank und die Anerkennung der Stadt. Natürlich! Etwas anderes ist ja von einem konservativen Organ nicht zu erwarten. Unsererseits kann ja die Giftnudel derartige Elemente aushauen lassen. Es ist schon mancher Lump dieser „Ehre“ teilhaft geworden. Wir werden unsere Meinung nicht ändern trotz dem Gebeifer der Giftnudel. Im übrigen geht man jetzt mit dem angeblichen 3000 Mark-Verdienst der Gasarbeiter wieder hausieren. Ein derartiger schwindelhafter Waschzettel geht jetzt durch alle bürgerlichen Blätter, eingeschlossen der sog. „freisinnigen“, wie der Merseburger Correspondent einer ist.

Elende Preßmanöverchen! Mit Lug und Trug kann man vorläufig noch die Masse des Volkes betören. Wie lange noch?

* **Die verblendeten Fachvereinler.** Die Urabstimmung über den Anschluß des Fachvereins der Zimmerer an den Zentralverband hat nun stattgefunden. Sie hat ein Ergebnis gehabt, über das man sich angesichts der verschrosenen Ansichten der jetzigen Leitung des Fachvereins nicht zu wundern braucht, denn „wie der Herre, so's Gescherre“. Und jeder Verein gibt sich die Leitung, die seiner allgemeinen geistigen Bildung entspricht. Von 90 Mitgliedern stimmten für den Uebertritt 25, gegen denselben 50, zwei waren so unklar, daß sie sich der Abstimmung enthielten. Die nun noch übrig bleibenden 50 Eigenbrödler werden die Entwicklung nicht aufhalten. Ueber solche Käuze geht man zur Tagesordnung über.

* **Der Arbeitervereinsverein** hält seine nächste Sitzung am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Englischen Hof, großer Berlin, ab.

* **Die erste Kinderbewahranstalt** hat im Jahre 1907 in den beiden von ihr eingerichteten Anstalten insgesamt 6074 Kinder an 36 447 Tagen verpflegt. Die Kosten der Verpflegung betrugen hierfür 5426.85 Mk. oder noch nicht ganz 90 Pfg pro Kind, wovon die Eltern der Kinder insgesamt 3037.25 Mk. aufbrachten, sodaß der Verein noch einen Zuschuß von 2389.60 Mk. zu leisten hatte, das ist noch nicht ganz 40 Pf. pro Kind. Dazu kommen aber noch die Kosten für Personal, Wohnungsräume, Verwaltung 2c., die immerhin nicht so hoch sind, um derartige Institutionen, wo Proletarierfrauen ihre Kinder unterbringen können, um dem Kapital Frondienste zu leisten, als etwas besonders dankenswertes für die Arbeiterschaft hinzustellen; denn auch die Stadt hat 1650 Mk. Beihilfe geleistet. Würde der Staat oder die Gemeinden die Kinderfürsorge in die Hand nehmen, allerdings nicht, wie es heute üblich ist, unter pfäffischer Leitung, die nur verwickernd wirkt und zur Heuchelei treibt, so würden die Kinder entschieden eine sorgfältigere, einheitlichere Leitung und Erziehung haben als bei solchen Privatinstituten, die durch ihre Zersplitterung in viele Vereine und Vereinchen die Kräfte lähmt und verteuernd wirkt. Allerdings unter den heutigen Verhältnissen, wo ein Holle Kultusminister sein kann, wollen wir eine Verstaatlichung der Kindererziehung gar nicht wünschen. Da geben wir uns lieber noch mit solchen Privatvereinen zufrieden. Am besten wäre es allerdings, die Arbeiter verdienten so viel, daß sie ihre Familien allein ernähren könnten, ohne daß die Frau mit dazu beizutragen nötig hat. Das zu erreichen, ist aber nur möglich, wenn alle Arbeiter einig sind und nicht zum Verräter an ihrer eigenen Sache werden, wie es der Gasarbeiterstreik und viele Lohnkämpfe der letzten Zeit leider gezeigt haben.

* **Die armen Apotheker.** Wie der in Berlin erscheinende Drogistenhändler mitteilt, soll dem Bundesrat zu Händen des Reichskanzlers eine Petition des etwa 1000 Mitglieder zählenden Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen deutscher Apotheker unterbreitet werden, die mit Rücksicht auf die um ihre Existenz schwer ringenden Inhaber kleinerer Apotheken die Zubilligung eines Teuerungszuschlages von 10 Prozent auf die Arzneitaxe erbittet. Mit Recht fragt obige Zeitung? Und wer hilft den Zehntausenden anderer Gewerbetreibender, die ebenfalls unter der Teuerung zu leiden haben?

Und wir fragen: Wer hilft den Millionen Arbeitern, die von allem entblößt sind? Wenn die Apotheker zum Teil in einer schlechten Lage sind, haben sie selbst die größte Schuld daran, weil sie die Apotheken durch Ueberbietung zu fabelhaften Preisen kaufen. Die Arzneitaxe ermöglicht einen so enorm hohen Verdienst, wie ihn wohl kein anderer Gewerbetreibender hat. Und da soll nochmals geschraubt werden? Die Apotheker haben von den Agrariern gelernt.

* **Solche, die nicht alle werden,** sucht, wie es scheint, besonders auf dem Lande, das „Kunstatelier“ Venus in Dessau, das angeblich Vergrößerungen nach Photographien fertigt. Unbedingte Aehnlichkeit und gute Ausführung wird schriftlich garantiert. Wahrscheinlich ist damit die Ausführung des — Rahmens gemeint. Denn die Bilder sind, wie uns ein solches aus Markwerben zur Verfügung gestellt wurde, nichts weniger als schön. Dafür werden pro Bild 7.50 Mk., für einen Rahmen 4.50 Mk. abgeknöpft. Schließt man noch Orthographie und Stil des Inhabers dieses „Kunstateliers“ auf die Kunstfertigkeit der Firma, dann würde man allerdings von vornherein nichts von „Kunst“ verlangen. Denn ein uns vorliegender Brief zeigt weder kaufmännische Gewandheit, noch, daß der Schreiber jemals eine besonders gute Zensur in Rechtschreibung und Satzbau gehabt hat. Das schönste am ganzen Brief ist der Kopf „Kunstatelier“ 2c. Würden die Arbeiter also verschieden von uns gebrachten Warnungen gegenüber solchen zweifelhaften „Kunstinstituten“ mehr beachten, wäre manches finanzielle Verlust, mancher Aerger und manche Sorge nicht. Das beste ist, den schönredenden Reisenden, die zäh wie eine Klette schwer abzuschütteln sind, die Tür zu weisen. Das Vorteilhafteste ist es entschieden.

* **Ausschreibungen.** Die Straßenreinigungs-Deputation hat für die Zeit vom 1. April d. Js. bis 31. März 1909 folgende Lieferungen zu vergeben: Die Lieferung von Streustroh für 47 Pferde; Angebote sind bis 24. Februar im Bureau des Straßenreinigungswesens, Klosterstraße 5, abzugeben. Das Besegen der Kehrmaschinenwalzen, 160 Satz, mit Piassawa und die Lieferung von Besen (2600 große, 200 kleine Besen und 150 Handbesen). Angebote sind bis 25. Febr. an derselben Stelle abzugeben. — Die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke hat die Lieferung von 700 qm Portalon-Reibeisensteinen II. Kl. für Gasanstalt I zu vergeben. Angebote sind bis 26. Februar im Bureau, Unterplan 12, einzureichen. — Die Maurer- und Zimmerarbeiten zur Ummantelung einer Feldscheune der Domäne Wettin mit Brüstchen Wänden sollen im ganzen oder getrennt vergeben werden. Angebote sind bis zum 28. Februar im Bureau der Kreisbauinspektion Halle I, Göbenstraße 15, einzureichen. — Der Magistrat macht bekannt: Die Lieferung von Papier, Schreibmaterialien und sonstigem Bureaubedarf für das Rechnungsjahr 1908 soll unter den im Zentralbureau, Rathausstraße 19 I, Zimmer 54, einzusehenden Bedingungen vergeben werden. Der Bedarf erstreckt sich auf etwa:

24 000	Bogen Briefpapier,	4 500	Bogen Packpapier,
62 000	„ Schreibpapier,	575	„ Löschpapier,
197 000	„ Konzeptpapier,	4 900	„ Löschkarten,
14 800	„ linierres Papier,	300	„ Linierblätter,
870	„ Registerpapier,	4 000	Blei- und Buntstifte.
4 900	„ Aktendeckel verschiedener Farben,	380	Groß Stahlfedern,
		480	Federhalter,

außerdem bunte Tinten, Stempelfarben, Siegellack, Radiergummi 2c. sowie 195 000 Briefumschläge in sechs verschiedenen Größen.

Angebote sind unter Beifügung doppelter Proben bis zum 2. März an das Zentralbureau einzureichen.

Auswärtige Firmen werden nicht berücksichtigt.

* **Neue Erfindungen.** Wochenbericht vom Patent-Bureau Kipp u. Büttner, Hamburg, Glockengießerwall 21, über: Patenterteilungen: 195 819. Wasserkran für Eisenbahnen mit gelenkig gegliedertem Ausleger; Zus. z. Pat. 189 370; Wilhelm Schimpff u. Friedrich Schimpff, Schaffstedt, Bez. Halle. 195 980. Fahrbare Stampfvorrichtung zur Herstellung künstlicher Steine; Berbet-Maschinenbau, G. m. b. H., Halle. — Gebrauchsmuster-Eintragungen: 328 725. Brenner für Petroleumlampen, mit Drahtgewebeverschluß im Luftkanal; Heinrich Remus, Halle. — 328 964. Insektenspannbrett, bestehend aus einer Anzahl nebeneinanderliegender, auf einer Torfplatte angebrachter Holzstäbchen in Kastenform; Paul Ringler, Halle. — 328 539. Zentrifugen-Gitterverschluß; Otto Pfau, Schwittersdorf, Bez. Halle. — 328 844. Sortierer für Kollerstoff mit am Siebzylinder angebrachten Schaufeln; Johannes Kurtz, Zahna, Bez. Halle. — 328 837. Türrolle mit Kugellager in den Hänge- oder Trageisen; Hermann Warnecke, Schmiedeberg, Bez. Halle. — 328 729. Spielzeugfigur, bestehend aus zwei stabilen, mittelst Wabenpapiers verbundenen Teilen mit im Innern angebrachter Stimme; Felix Pigola u. Fritz Müller jr., Halle. — 329 019. Befestigungsvorrichtung für Krawatten; Arthur Melzer, Zeitz. — 329 483. Semmelmühle mit dreifacher Verlagerung der den Reibkegel tragenden Welle; G. L. Eberhardt, Halle. — 329 114. Flach zusammenlegbare Weihnachtsglocke aus Wabenpapier in Verbindung mit einem Kranz, welch letzterer im auseinandergefalteten Zustande der Glocke diese umschließt; Heilbrunn u. Pinner, Halle. — 329 326. Kluppe zum Messen von Holz u. dergl., welche das Maß selbsttätig auf einen Streifen Papier aufzeichnet; Wilhelm Friedrich, Gräfenhainichen, Bez. Halle. — 329 287. Einstellvorrichtung an Milchzentrifugen; C. E. Litt, Naumburg. — 329 535. Verschließbarer Kleider- und Huthalter zur Sicherheit gegen Kleider- und Hüte-Vertausch und Diebstahl; Adolf Schnabel, Halle. — 329 039. Gesichtsplatte für Betonhohlsteinmaschinen mit abnehmbaren Gehrungsecken zur Herstellung von Gesimssteinen; Berbet-Maschinenbau G. m. b. H., Halle. — Das Bureau erteilt unseren geschätzten Lesern Rat und Auskunft in allen Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Angelegenheiten kostenlos.

* **In Sachen des großen englischen Heilmittelschwindels,** der zur Verhaftung des „Schriftstellers“ William Scott geführt hat, laufen fortgesetzt bei der Kriminalpolizei in Berlin aus allen Gegenden des Deutschen Reiches Anzeigen von Geschädigten ein, und zwar in solcher Menge, daß zunächst der Empfang jeder einzelnen nicht bestätigt werden kann. Die in Frage kommenden Mittel sind aber in solchem Umfange vertrieben worden, daß noch eine erheblich größere Anzahl von Personen als schon bekannt betroffen sein muß. Es sollen daher alle diejenigen, welche durch Verlag Kosmos, Zeitschrift „Zeltvertreib“, Keith-Harveys Ohrenheilmittel, Dr. Donas Asthmakur, Professor Tokals Blanchette oder den Pyramidenbund, die Maxim-Alliance, Dollats Tee, Albukola, Amrita und Doremo betrügerisch geschädigt sind, das baldigst melden, ohne die Mittel selbst beizufügen. Es ist selbstverständlich, daß die Namen dieser Personen nicht in die Oeffentlichkeit bringen. Es wird auch um Mitteilung gebeten, falls von irgend einer Seite die Betroffenen ersucht worden sein sollten, sich als nicht geschädigt zu bezeichnen.

* **Stenographenhort Gabelsberger.** Der rührige Verein beginnt am 4. März in Tauberts Restaurant, Dorotheenstr. 12, einen Anfängerkursus und ladet alle Lernlustigen hierzu ein. Alle näheren Auskünfte erteilen die Vorstandsmitglieder F. Bohne, Diendorferstr. 2 und F. Riemer, Albrechtstr. 24.

* **Eine schwere Verletzung am Kopfe** erlitt eine Frau auf der Turmstraße dadurch, daß eine große Dogge von hinten an die Frau ansprang und sie hinwarf. Die Frau blieb bewußtlos liegen.

* **Angefahren** von einem Straßenbahnwagen (Strecke Lindenstraße Böllbergerweg) wurde gestern abend gegen 6 Uhr ein Mann auf dem Riebeckplatze. Durch einen Polizeibeamten wurde der Krankenwagen requiriert, der den Verunglückten in ein Krankenhaus brachte.

* **Glücklicherweise nicht erstickt** ist bei dem Brande in der Ritterstraße das kleine Mädchen, vielmehr konnten mittels des Sauerstoffapparates beide Kinder gerettet werden. Das eine Kind mußte aber der Klinik zugeführt werden.

* **Diebstähle.** Einen neuen Trick scheinen die Taschendiebe auszuüben. In einem größeren Vergnügungsetablissement erhielt am Sonntag auf der Retirade ein Herr einen Stoß von rückwärts, während ihm vorn von einem Mitgäste die Uhr ent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080221-11/fragment/page=0006

wendet wurde. Die Täter entkamen in dem Gedränge. — Auf dem Hauptbahnhofe wurden einem polnischen Arbeiter im Wartesaal 4. Klasse ein Portemonnaie mit 170 Mk. Inhalt gestohlen, als er eingeschlafen war.

* **Durchgehende Pferde.** Am Eilgüterschuppen wurden gestern abend zwei vor einem Wagen der Freybergschen Brauerei gespannte Pferde vor einer Lokomotive scheu und gingen durch. Am Bahnhofsvorplatz gelang es einem Schlosser, der sich auf den Wagen geschwungen hatte, die Pferde zum Stehen zu bringen, ehe sie großen Schaden anrichteten. Der Schlosser selbst hatte sich durch Fallen auf die Fässer im Gesicht verletzt.

* **Von einem Schlaganfall betroffen** wurde auf dem Hauptbahnhof ein unbekannter Mann. Er wurde nach der Nervenklinik gebracht.

* **Zehnte Volksvorstellung.** Nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet die zehnte Volksvorstellung im Stadttheater statt. Zur Aufführung gelangt die melodienreiche Oper Der Troubadour von Verdi, die zu hören jedem aufs beste empfohlen werden kann. Billetts hierzu sind von morgen, Freitag, ab im Geschäftshause des Volksblattes, Zimmer Nr. 10, zu entnehmen.

* **Aus dem Bureau des Apollo-Theaters.** Morgen Freitag findet wieder ein Nichtrauch-Abend statt. Das Ausstattung-Gaudeville Die Liebesfestung, mit dem großen Ballett Nürnberger Spielzeug findet durch seine Pracht-Ausstattung und sein entzückendes Arrangement stets die lebhafteste Bewunderung.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Die letzte diesjährige Lohengrin-Vorstellung mit Frau Marie Götze, kgl. Hofopernsängerin aus Berlin, in der Partie der Ortrud als Gast, findet Freitag 7½ Uhr statt. Der Chor ist durch die Mitwirkung der gesamten Chorschule verstärkt. — Sonnabend seit zwei Jahren zum 1. Male wieder Schillers Räuber. Zu dieser Vorstellung werden Schülerkarten à 1.10 M. ausgegeben. — Sonntag nachm. **10. Volks-Vorstellung** Der Troubadour.

Beesen, 19. Februar. (E. B.) **Ein öffentliches Vergnügen ohne Polizeierlaubnis** soll der Turnverein Germania in seinem Tanzsaal abgehalten haben, weshalb der Wirt des Lokals und vier Vorstandsmitglieder vor dem Halleschen Schöffengericht angeklagt waren. Der Verein soll nur 17 Mitglieder zählen, während 240 Personen an dem Vergnügen teilgenommen haben sollen. Man hat, so sagte man, alle Verwandten und Verschwägerten, Tanten und Basen bis ins dritte und vierte Glied eingeladen. Damit war die Ortspolizei nicht einverstanden. Das Gericht auch nicht. Der Wirt wurde jedoch freigesprochen; die Vorstandsmitglieder wurden aber zu Geldstrafen verurteilt.

Dölau, 19. Februar. (E. B.) **Das ausgespannte Pferd.** Der Steinbruchsbesitzer Albert Mennicke von hier war mit dem Fuhrherrn Wunsch wegen eines Pferdes in Differenzen geraten. Wunsch betrachtete das Pferd als durch Kauf erworben und benutzte es mit zu seinen Fuhren, während Mennicke es nur als geliehen ansah und wiederholt zurückverlangte. Statt den Streit zivilgerichtlich auszutragen, lauerte Mennicke am 3. Dezember in einem Chausseegraben gemeinsam mit zwei bei ihm in Arbeit stehenden Steinsetzern dem Fuhrwerk des Wunsch auf. Kaum kam dieses in Sicht, so stürzten sich die drei auf das von Mennicke beanspruchte Pferd, spannten es aus und führten es davon. Wunsch widersprach und leistete Widerstand, wobei er von den drei geschimpft, gewürgt, getreten und ins Gesicht geschlagen sein will, so daß ihm die Zähne bluteten. Doch hielt das Gericht Körperverletzung nicht für erwiesen. Dagegen verurteilte es die drei wegen Nötigung zu Geldstrafen, Mennicke zu 15, seine beiden Steinsetzer zu je 10 Mark.

Aus den Nachbarkreisen.

Vom Polizeikampf gegen Arbeiterturnvereine.

Ein auch für die Arbeiterturnvereine unseres Bezirks wichtiges, wenn auch seltsam anmutendes Urteil hat das Oberverwaltungsgericht gefällt. Als Vorsitzender der Freien Turnerschaft **an der Kieler Förde** erhielt Schriftsetzer Groß seinerzeit eine Verfügung des Polizeipräsidenten zu Kiel, durch die ihm auf Grund des § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts aufgegeben wurde, bei Vermeidung einer Exekutivstrafe von 150 Mark binnen einer Woche die Statuten und ein vollständiges Mitgliederverzeichnis einzureichen. Einleitend heß es: „Im Interesse der Wahrung der öffentlichen Ordnung sowie im allgemeinen polizeilichen Interesse und zur Kontrolle, ob die Vereinsveranstaltungen tatsächlich als geschlossene Lustbarkeiten (und nicht als genehmigungspflichtige öffentliche) angesehen werden können, ist die Einreichung erforderlich geworden." — — Groß klagte im Verwaltungsstreitverfahren. Aus den Gegenäußerungen des Polizeipräsidenten hörte man denn, daß er glaubte, Anzeichen dafür gefunden zu haben, daß es sich um ein Verein handele, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, also um einen Verein, der gemäß § 2 des preußischen Vereinsgesetzes Statuten und Mitgliederverzeichnis der Polizei einzureichen habe. Als solche Anzeichen werden u. a. im Laufe des Verfahrens genannt: Die Freie Turnerschaft sei Mitglied des sozialdemokratischen (!?) Arbeiter-Turnerbundes, dessen Bestrebungen im Gegensatz zur Deutschen Turnerschaft ständen. Bei den Festen des Vereins würden mit Vorliebe rote Schleifen getragen und Lieder auch nach der Melodie der Marseillaise gesungen. Mitglieder hätten sich an Maifeiern beteiligt. Der bekannte Sozialdemokrat und Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung sei eine Zeitlang Oberturnwart gewesen. Der Verein betreibe neben seinem turnerischen Wirken auch eine geistige Beeinflussung der Mitglieder. Kennzeichnend für deren Richtung sei seine Bibliothek, der z. B. vier Jahrgänge der Neuen Zeit und fünf Jahrgänge des Wahren Jakob zugewandt worden seien, sowie die Beschaffung der Schrift: Der politische Massenstreik. Den einzelnen Vereinskörperschaften sei auch empfohlen worden, ihre Sitzungen möglichst in dem, dem sozialdemokratischen (!) Gewerkschaftskartell gehörigen Gewerkschaftshaus abzuhalten. Dann heiße es in einer Nummer des Mitteilungsblatts des Vereins: „Organisierte Genossen, die etwa . . . usw." — — Mit leichter Mühe konnte Kläger teils die Unrichtigkeit, teils die Unerheblichkeit der Ausführungen der Polizei dartun.

Der Bezirksausschuß zu Schleswig setzte denn auch die polizeiliche Verfügung außer Kraft. Mit Bezug auf § 2 des Vereinsgesetzes meinte das Gericht, daß der Polizeipräsident dem Verein nur als „verdächtig" hinstelle und insofern Statuten und Verzeichnis nur haben wolle, um festzustellen, ob sein Verdacht berechtigt sei. Hier soll § 10 II Allgemeinen Landrechts (allgemeine polizeiliche Befugnisse betreffend) helfen. Wo es sich aber lediglich um die Anwendbarkeit des Vereinsrechts handele, wie in diesem Punkte, da scheiden die allgemeinen polizeilichen Befugnisse aus. Bleibe nur der zweite Grund bezüglich der Vergnügungen, der Verdacht, daß sie öffentlich sein könnten. Das einzige, von der Polizei angezogene Verdachtsmoment, die Größe des Vereins (1550 Mitglieder, wovon aber nur 800 Erwachsene für Vergnügungen in Betracht kommen), genüge indessen auch nicht, die Verfügung zu stützen.

Das Oberverwaltungsgericht, vor dem der Minister des Inneren durch einen Kommissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses und der Kläger durch R.-A. Dr. Behrend vertreten war, hob das Urteil auf und erklärte die Verfügung des Polizeipräsidenten für berechtigt:

Insofern die Verfügung gestützt sei auf die Besorgnis, daß unter dem Deckmantel von Vereinsvergnügungen genehmigungspflichtige öffentliche Vergnügungen veranstaltet würden, habe auch der Senat anerkannt, daß die tatsächliche Begründung der Polizei nicht zu ihrer Stütze ausreichen würde. Indessen beziehe sich die Verfügung auch auf die Frage des § 2 des Vereinsgesetzes. Der finde aber hier Anwendung durch Annahme des Senats, welcher dabei berücksichtige die Feststellungen, die seinerzeit mit bezug auf den Arbeiterturnverein „Fichte" in Berlin getroffen seien. Wie dieser Verein, gehöre auch die „Freie Turnerschaft Kieler Förde" zum **Deutschen Arbeiterturnerbund.** Diese Feststellung in Verbindung mit verschiedenen anderen Momenten, die zur Sprache gekommen seien, und sich teils aus den Akten ergäben, führten zu der Annahme, daß es sich um einen **Verein handele, der im Dienst der sozialdemokratischen Partei stehe** und auch zum Zweck habe, die **Förderung der sozialdemokratischen Interessen** ins Werk zu setzen, **also auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken.** (§ 2 des Vereinsgesetzes.) Deshalb sei die Verfügung mit Recht ergangen und die Vorentscheidung entsprechend abzuändern.

Nochmals August Mertens.

Die Altenburger Volkszeitung, die sich sehr oft und nicht grade gern mit dem Reichsverbands-Agenten Mertens herumschlagen muß, bringt nach einer kurzen Wiedergabe unseres Hohenmölsener Berichts folgende Bemerkungen:

„In dem Versammlungsbericht unsres Halleschen Bruderblattes wird es als etwas Außerordentliches dargestellt, daß der Reichsverband freie Diskussion gestattet und es wird die Meinung ausgedrückt, daß die Herren jetzt wahrscheinlich „eine andre Taktik" einschlagen wollen. Die Vermutung über den Grund dieser Aenderung behält der Berichterstatter einstweilen für sich. Wir wollen sie offenbaren:

Die Versammlungen des Reichsverbands im Altenburger Lande sind regelmäßig unter dem Hund besucht und verliefen alle nach Schema F. Das ewige Schimpfen auf die Sozialdemokratie verliert mit der Zeit seinen Reiz, und viel mehr haben die Reichsverbändler, nach den abgelegten Proben, nicht gelernt. Der Mertens hat in Altenburg, seinem Residenzort, es erleben müssen, daß von ihm veranstaltete Versammlungen gut jämmerlich besucht waren. Und das, trotzdem er freie Diskussion zusicherte. In Schmölln, wo er mit einem seiner Brotgeber einmal eine Versammlung abhielt, gab er einem unserer Parteigenossen gegenüber, der ihm die Ehre antat, sich mit ihm zu unterhalten, seiner Herzenssehnsucht Ausdruck, in sozialdemokratischen Versammlungen zugelassen zu werden und dorten reden zu dürfen. Die organisierte Arbeiterschaft im Herzogtum Altenburg will nämlich vom Mertens gar nichts wissen und **duldet keine bezahlten Agenten des Reichsverbandes in ihren Versammlungen.** Grundsätzlich vermeidet sie eine jede Diskussion mit diesen bezahlten Elementen mögen sie nun heißen wie sie wollen. Gelegentliche Ausnahmen auf unserer Seite, die aber fast allgemein mißbilligt werden, bestätigen nur die Regel. Mertens hat es sich und seinem Auftreten bei dem letzten Reichstags- und Landtagswahlkampf und der reichsverbändlerischen Rödeniter Sprengkolonne zu verdanken, daß man ihn seiner Erwiderung würdigt und seinesgleichen in sozialdemokratischen Versammlungen nicht duldet. Die bestimmte ablehnende Haltung der Altenburger organisierten Arbeiterschaft hat offenbar etwas erzieherisch auf ihn eingewirkt, so daß er jetzt objektiver geworden zu sein scheint und Sozialdemokraten gegenüber anständiger auftritt. Wurst wider Wurst, denkt er, und gebe ich in Trippsdrill freie Diskussion, können sie mir die in Altenburg auf der Gegenseite nicht verwehren. Ja, hat sich was!

Ueber den Grund, warum Mertens seine Taktik geändert braucht man sich also in Hohenmölsen keine besondern Gedanken zu machen, die haben wir hier klargelegt. Um sie nochmals kurz anzugeben: Mertens hat es satt, vor leeren Tischen und Stühlen zu monologisieren, er will Männer um sich sehen, ausmerksam lauschende Männer, interessierte, spannende Mienen und Leute, mit denen er sich vernünftig unterhalten kann. Das bietet ihm der Reichsverband alles nicht, und darum läßt er Sozialdemokraten nicht bloß zu, sondern er läßt sie auch reden. Ob aber die Parteigenossen gerade gut genug dazu sind, dem Mertens interessante Versammlungen zu verschaffen, das möchten wir billig bezweifeln. Vielleicht denkt man in Hohenmölsen auch einmal darüber nach."

Im Zeitzer Wahlkreise, dem besonderen Agitationsgebiete des Mertens, hat die Parteileitung bisher stets die Parole ausgegeben: Freie Diskussion für jedermann. Das wird wohl auch in Zukunft so bleiben. Wir haben keinen Gegner zu scheuen, am allerwenigsten einen Agenten des Reichsverbandes. Gewiß ist es keine angenehme Sache, mit Leuten zu diskutieren, denen die Lüge Lebenselement ist, in den sauren Apfel aber muß schon gebissen werden. Unsere Partei ist die einzige, die stets und ständig freie Diskussion gewährt hat. Herr Mertens mag in unseren Versammlungen seine Märchen ruhig erzählen, ihm wird die Antwort schon erteilt werden und zwar ganz gehörig. Solange sich der Mann in den Versammlungen anständig benimmt, mag er Gastrecht genießen. Im anderen Falle wissen auch unsere Arbeiter, was sie zu tun haben.

Die Taktik der Altenburger Genossen mag an sich berechtigt sein, sie haben den Mertens zu gut kennen gelernt. Wenn sie dem Manne keine Diskussion mehr gewähren, so haben sie ihre Gründe. In unseren Versammlungen hat sich der Reichsverbandsagent trotz zugesicherter Redefreiheit bisher wenig sehen lassen. Er scheut die Wahrheit!

Zeitz, 19. Februar. (E. B.) **Einwohner, gebt Achtung!** Am Dienstag wurde mittags in der Waschvorstadt, im Gasthof zum Röschen, auf dem Boden von zwei Männern ein Einbruch verübt. Die Spitzbuben stahlen aus einem Raum Kleidung und Wäsche, die einem Schneidergesellen gehörten. Die Sachen sind gleich nach dem Einbruch in einem hiesigen Altbandelsgeschäft verkauft worden, wo sie dann von der Polizei aufgefunden wurden. Am Dienstag abend gelang es, einen der Einbrecher festzunehmen, doch will er seinen Kumpan nicht angeben. Festgestellt wurde noch, daß der Verhaftete in einem anderen Geschäft erst am Sonntag einen Anzug verkauft hat, der ebenfalls gestohlen ist, doch konnte hier der Eigentümer noch nicht festgestellt werden.

Weißenfels, 19. Februar. (E. B.) **Gewerbegericht.** Vorsitzender Stadtrat Krause, Beisitzer Schuhfabrikant G. Böhme, Schuhmacher W. Wetie. Gegen die Handelsleute Stürze und Wagner klagte der Arbeiter Köhler wegen 7 Mk. vorenthaltenen Lohnes. Wagner erklärte, keine Verpflichtungen zu haben und Stürze zahlte dem Kläger 1.50 Mk. Damit war die Sache erledigt. — Zum drittenmale beschäftigte die Klage der Firma Arsand gegen die Steppern Hartmann das Gericht. Die Firma verlangte 6.20 Mk. wegen Verlassens der Arbeit, die Beklagte forderte wegen Einbehaltung des Arbeitsbuches 7 Mk. Entschädigung. Die Firma wurde verurteilt, 80 Pf. an die Straskasse (?) zu zahlen, die Kosten tragen beide Parteien zur Hälfte. — Der Zuschneider Göze klagte gegen die Firma Lorenz auf Zahlung von 45 Mk. Entschädigung wegen Nichteinstellung in die Arbeit. Die Forderung wurde, da Kläger inzwischen Arbeit gefunden hatte, auf 7 Mk. ermäßigt. Durch Vergleich erhält G. 3.50 Mk. — Aus demselben Grunde klagte der Vorrichter Beuthan gegen die Firma Dostlebe. Die Fabrikordnung sieht jedoch eine 14tägige Probezeit vor. Kläger erhält für einen Tag 1.50 Mk. zugesprochen und ist damit zufrieden. Zwei Sachen wurden zwecks Zeugenladung vertagt.

Weißenfels, 20. Februar. Nicht dringend. In der Stadtverordnetensitzung am Dienstag teilte der Vorsteher Kuntze mit, daß die Petitionskommission sich mit der Petition der Arbeitslosen „beschäftigt" habe. Die Versammlung werde — in nächster Woche darüber zu verhandeln haben. Also wartet noch ein Weilchen ihr Arbeitslosen, ganz so schlimm wird eure Not ja nicht sein. Ihr könnt zufrieden sein, daß sich die Stadtväter überhaupt mit euch „beschäftigen". Wir sind neugierig, wie sich die Hirsch-Dunckerschen Stadtverordneten in der nächsten Sitzung stellen werden.

Teuchern, 19. Februar. Der Arbeiter-Gesangverein veranstaltet nächsten Sonntag im Grünen Baum ein Konzert. Das Programm ist ein reichhaltiges, der Verein wird den Besuchern einige heitere Stunden bereiten. Hoffentlich wird die Arbeiterschaft die Veranstaltung des zu ihr gehörenden Vereins genügend unterstützen.

Streckau, 19. Februar. (E. B.) Unverständliche Machenschaften. Eingeschlafen für immer ist hier der Männer-Turnverein, Mitglied des weißen Elstergaues. Vor einem Jahre traten die Arbeiterturner an diesen Verein heran und suchten ihn zur Verschmelzung zu bewegen. Sie fanden keine Gegenliebe. Jetzt liegt der Verein in den letzten Zügen. Man versuchte die Geräte an die Deutschen Turner in Reußen zu verschachern, diese aber lehnten dankend ab. Dann wollte man die Geräte verschenken, aber da taucht mit einem Male ein anderer Plan auf. Es fanden sich Leute, die einen vaterländischen Turnverein gründen wollen. Die nationale Phrase soll auch hier Dumme betören. Wir würden von der Sache keine Notiz nehmen, wenn nicht politisch und gewerkschaftlich organisierte Quertreiber sich diesem Treiben angeschlossen hätten. Diese Leute schrieben auf eine Tafel: „Alle Männer, die gewillt sind, einen vaterländischen Turnverein zu gründen, sollen ihre Unterschrift zum Sonntag geben. R. S." Ja, zum Teufel, was wollen denn diese patriotisch gesinnten Menschen noch in der sozialdemokratischen Partei? Für sie ist kein Platz! Nationales Phrasentum und Sozialdemokratie gehören nicht zu einander. Den Leuten stand der Arbeiterturnverein zur Verfügung, welcher auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht. Sie hielten es jedoch für notwendig, ihren Patriotismus vor aller Welt zu bekunden. Mögen sie die Konsequenzen ihres Verhaltens ziehen!

Merseburg, 19. Februar. (E. B.) Noch mehr Agitation muß hier unter den Metallarbeitern entfaltet werden. Dies geht deutlich aus einer vor kurzen aufgenommenen Statistik hervor. Beschäftigt sind zurzeit 695 Metallarbeiter und 193 Lehrlinge. Organisiert sind im Verband 329, im Gewerkverein 59 und 35 in anderen Organisationen. Nicht organisiert sind 272. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 10 Stunden. Im übrigen hat sich bei der Aufnahme eine Fülle von Mißständen ergeben. Beleuchtung, Heizung und Ventilation der Arbeitsräume sind fast in allen Fabriken sehr verbesserungsbedürftig. Es sind Mißstände aufgedeckt worden, die das Leben und die Gesundheit aufs äußerste gefährden. Sehr mangelhaft sind auch die Gelegenheit zur Aufbewahrung der Kleider, gesonderte Räume oder wenigstens Schränke in den Werkstätten sind nicht vorhanden. Gleichfalls traurig steht es mit der Waschgelegenheit aus. Gerade in den Gießereien müßte hierin etwas geboten werden, aber man läßt die Arbeiter schmutzig nach ihrem Heim wandern. In ganz schauderhaftem Zustande befinden sich die Bedürfnisanstalten.

Mögen die Metallarbeiter bald für Abhilfe sorgen. Haben sie den letzten Mann in der Organisation, dann wird man ihren Wünschen wohl Rechnung tragen müssen!

Lützen, 19. Februar. (E. B.) Sonntag, den 23. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, tagt hier im Arbeiterkasino zum erstenmal die Gemeindevertreter-Konferenz des Kreises Merseburg-Querfurt. Diese Konferenz dürfte für die Lützener Parteigenossen von ganz besonderer Wichtigkeit sein. Von einem eingeweihten Stadtparlamentarier aus Leipzig wird ein Referat gehalten, welches jeden Parteigenossen interessieren muß. Die Parteifreunde werden ersucht, recht zahlreich den Verhandlungen beizuwohnen. Im Anschluß an die Konferenz findet zu Ehren der Delegierten abends 8 Uhr ein Unterhaltungsabend statt, ausgeführt vom Gesangverein Waldig-Tollwitz-Teudig. Hierzu sind alle Kasinovereinsmitglieder freundlichst eingeladen.

Delitzsch, 19. Februar. (E. B.) Familientragödie. In der vergangenen Nacht hat in Schöneberg bei Berlin die von hier gebürtige Kaufmannsfrau Degen ihre beiden Kinder und sich selbst durch Gas vergiftet. Die Frau ist erst vor kurzem von ihrem Mann geschieden und hat die Tat jedenfalls infolge Nahrungssorgen begangen.

Roitzsch, 19. Februar. (E. B.) Ein wenig mehr Interesse könnten die hiesigen organisierten Arbeiter wohl der Arbeiterbewegung entgegenbringen. In den öffentlichen Versammlungen sind viele nie zu finden, aber dem Kriegerverein huldigen sie. Gerade hier am Orte ist es notwendig, daß die Arbeiter sich um ihre wirtschaftlichen Interessen kümmern und nicht Vereinen nachlaufen, von deren Leitern sie doch nur als Statisten benutzt werden. Seit Jahren wird hier um ein Lokal gekämpft, bisher erfolglos. Die Gleichgültigkeit war bisher die beste Förderin unserer Gegner. Das muß anders werden, die Schlafenden müssen endlich einmal erwachen! Wir haben noch keine Zeit zur Ruhe, wir stehen noch mitten im Kampfe! Was aber können uns da energielose, schwankende Kämpfer nützen? Ermannt euch, damit auch für unseren Ort bald bessere Zustände eintreten!

Sangerhausen, 19. Februar. Schulanmeldung. Die Anmeldung der zu Ostern schulpflichtig werdenden Kinder ist an den Tagen vom 2. bis 5. März zu bewirken. Anzumelden sind alle Kinder, die das 6. Lebensjahr bereits überschritten haben oder bis zum letzten September d. Js. vollenden. Die Anmeldungen zur Stadtschule werden im Rektorzimmer des Schulhauses I in der Schulgasse und die zur Gehobenen Schule in der Aula des Schulhauses II an der alten Promenade entgegengenommen und zwar: Montag, den 2. März, von 8 bis 12 und von 2 bis 4 Uhr die der Knaben zur Stadtschule; Dienstag, den 3. März, von 8 bis 12 und von 2 bis 4 Uhr die der Mädchen zur Stadtschule; Mittwoch, den 4. März, von 9 bis 12 Uhr die der Knaben zur Gehobenen Schule und Donnerstag, den 5. März, von 9 bis 12 Uhr, die der Mädchen zur Gehobenen Schule. Die Anmeldungen zur katholischen Schule sind beim Pfarrer Heddergott am Montag, 2. März, von 8 bis 12 Uhr vorzunehmen. Bei der Anmeldung ist der Impfschein und die Geburtsurkunde vorzulegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190802 21-11/fragment/page=0007

Bockwitz, 19. Febr. (E. B.) Auf „Befehl von oben"? In den bürgerlichen Blättern wird stets und ständig über den Terrorismus der Arbeiter geklagt, während man ganz übersieht, daß vom Unternehmertum am schlimmsten terrorisiert wird. Vom Unternehmer-Terrorismus kann Gen. Kohler ein Liedlein singen. Er ist durch verschiedene Parlprozesse weiteren Kreisen bekannt geworden. Hat er wirklich einmal Arbeit gefunden, dann dauerts ein paar Tage und er fliegt wieder auf die Straße. „Befehl von oben" wird ihm erklärt! Es wäre sehr interessant, dieses „Oben" kennen zu lernen. Die Behörde kann doch damit nicht gemeint sein, die mischt sich doch nicht in das Arbeitsverhältnis! Wer ist es also?

Briefkasten der Redaktion.

A. P., Wehlitz. Schicken Sie uns bitte den Originalbrief ein und teilen Sie uns mit, was Sie für das Geld alles bekommen haben. Wir wollen dann auf die Angelegenheit eingehen.

F. U., Alsleben. Zählt Ihre Tochter zum ländlichen Gesinde, d. h. besorgt sie die Ackerwirtschaft mit, so hat sie noch dieses Jahr auszuhalten, wenn auch nichts besonderes vereinbart ist. Ist sie aber nur für die Küche gemietet, so zählt sie zum städtischen Gesinde, hat dann nur als auf ein Vierteljahr gemietet zu betrachten und würde die Kündigung regelrecht ausgesprochen haben.

O. K. Freilich ist das zulässig.

Merseburg 807 H. Er muß damit einverstanden sein. Sie müssen aber für den eventuellen Mieter hasten.

O. K., Muschwitz. Das Begräbnisgeld hat er nicht zurückzuverlangen. Geschenke nur dann, wenn auch er event. Geschenke zurückgibt. Ist der Betreffende aber einseitig ohne Grund vom Verlöbnis zurückgetreten, kann er nichts beanspruchen, wohl aber kann das Mädchen nach §§ 1298, 1299 und 1300 B. G. B. event. Schadenersatzansprüche geltend machen.

T. T., Unterberg. Wenn die Frau in eine verschlossene Speisekammer eindringt, um zu stehlen, so ist das kein Mundraub. Mundraub begeht derjenige, der Nahrungs- oder Genußmittel von unbedeutendem Werte oder in geringer Menge zum alsbaldigen Gebrauch entwendet. Zeigen Sie den Fall bei der Staatsanwaltschaft an.

D. Nr. 55 bei Deuben. Verklagen Sie die Frau wegen Beleidigung, event. können Sie wegen Bedrohung bei der Staatsanwaltschaft Anzeige machen.

A. B., Zeitz. Eine Milliarde sind tausend Millionen (1 000 000 000).

H. R. 101, 1. Ein Jahr nach dem erfolglosen Sühnetermin. 2. Klagen Sie auf Scheidung der Ehe. Der Antrag ist durch einen Rechtsanwalt beim Landgericht einzureichen.

H. S. Sie müssen das Ding annehmen. Die Folgen hätten Sie sich vor der Bestellung überlegen müssen. Wir haben oft genug schon gewarnt.

Quittung.

Halle. Für Parteizwecke von G. G. 0.60 Mk. Für Kalender: A. W.-Bruckdorf 6.15, B.-Kleinkugel 7.10 Mk. Rewand.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Zentral-Verband aller in der Schmiederei u. Kesselschmiede beschäftigten Personen.

Sonnabend, den 22. Febr., abends 8 Uhr im „Volkspark"

Fastnachts-Vergnügen

bestehend aus **Theater, Ball** und sonstigen **Belustigungen.**

Die werten Kollegen mit ihren Angehörigen werden freundlichst ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. **Das Komitee.**

Ohne Karte kein Zutritt.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Halle.

Sonntag den 23. Februar 1908, im großen Saale des „Volkspark", Burgstr. 27

Winter-Vergnügen

unter Mitwirkung der Dramatischen Abteilung des Arb.-Bildungs-Vereins.

Nachmittags von 4 bis 7 Uhr Kränzchen. — Abends Konzert, Theater und Ball bis früh.

Zur Aufführung gelangt: **Die Polizei als Ehestifterin.** Schwank in 1 Aufzug von Ernst Preczang.

Ohne Karte kein Zutritt. : : : Karten sind zu haben bei den Vorstandsmitgliedern.

Hierzu ladet die Mitglieder und Angehörige freundlichst ein **Der Vorstand.**

Dresdner Felsenkeller-Biere

behaupten ihren seit über einem halben Jahrhundert erworbenen

guten Ruf.

Bitterfeld.

Zentralverband d. Zimmerer f. Bitterfeld u. Umg.

Sonnabend den 22. Februar 1908 abends 8 Uhr im Restaurant Hohenzollern

Ball mit freier Nacht.

Hierzu werden alle Kameraden und Freunde ergebenst eingeladen. **Der Vorstand.**

Ohne Karte kein Zutritt.

Arbeiter-Turnverein, Zipsendorf.

Sonntag, den 23. Februar

Winter-Vergnügen

mit Reigen-Aufführung.

Freunde und Gönner der freien Turnsache sind herzlich willkommen. **Der Turnrat.**

Rumsdorf!

Sonntag, den 23. Februar 1908

Ball des Gesangvereins „Thalia",

wozu alle Freunde und Gönner des Vereins freundlichst einladet **Der Vorstand.**

Ohne Karte kein Zutritt!

„Funkenburg" = Merseburg.

Sonnabend, den 22. Februar cr.

Grosses Bockbierfest

in festlich dekorierten Räumen, verbunden mit **starkbesetzter**

Ball-Musik

Direktion: Rauschenbach.

Anfang abends 8 Uhr.

Speckkuchen. **Bocksmützen gratis!**

Hierzu ladet ergebenst ein **Otto Herlurth.**

Erholungsheim.

An der Heide, Lettiner Ecke.

Schönster Ausflugsort!

B. Kirchner,

Reilstrasse 126,

empfiehlt 2 Pfd. **Gehacktes, Wurst, Schmeer, Rind** und **Schweinefleisch** für **1.50 Mk.**

Falkenhain.

Sonnabend den 22. und Sonntag den 23. Februar

Schmaus.

Hierzu ladet freundlichst ein **F. Gentzsch.**

Korsetts, weisse Röcke, Hemden für Konfirmanden kauft man am besten bei **Geiststrasse 42. Max Berndorff.**

Fischhalle „Germania",

Steinweg 52, Steinweg 52,

empfiehlt täglich **frische** und **geräucherte Fische** aller Art, **Gemüse-Konserven** in bester Ware zu **billigen Preisen.** — **Bratheringe** von 5 Pf. an. **Sauerkohl, saure Gurken, Bratheringe, Rollmöpse** 2c.

M. Kühnel, Steinweg 52, früh. Belikan.

Wo hast Du denn die feine Uhr her? Vom

Eberhardt, Weissenfels, Zidexstr. 7,

ff. und billig.

Ammendorf:

Delikatessenhaus Ammendorf, Hauptgeschäft Börnitzerstr. 4, Filiale Halleschestraße 21.

Donnerstag eintreffend: **Frisch. Seefisch** zu Tagespr. der Halleschen „Nordsee-Gesellschaft".

Ferner jeden Freitag: **fr. Rausschlachtene, Bairisch. u. Braunschw. Wurstwaren,** von 5 Uhr ab in der Filiale **Warme Knoblauch- u. Halberstädter Würstchen.**

Täglich frisch: **Oldenb. Tafelbutter, Fischkonserven, Räucherlachs, Bücklinge** usw.

Billigste Bezugsquelle für Nahrungsmittel.

5 Prozent Rabatt auf alle Waren.

10 Stück Fahrräder kauft Herm. Schindler, Uhrmacher, **Kleine Ulrichstr. 35.**

Stadt-Theater Halle

Direktion: Hofrat **M. Richards.**

Freitag den 21. Februar:

153. Ab.-Vorstellung. 1. Viertel. Umtauschkarten ungültig.

Letztes Gastspiel der kgl. preuß. Hofopernsängerin Marie Göze vom Berliner Hoftheater.

Lohengrin.

Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Anf. 7½ Uhr. Ende nach 11 Uhr.

Sonnabend den 22. Febr.:

154. Ab.-Vorstellung. 2. Viertel. Umtauschkarten gültig.

Die Räuber.

Schauspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.

Apollo-Theater

Direktion: **Gustav Poller.**

Gastspiel des

Berl. Apollo Ensembles

Allabendlich Punkt 8 Uhr:

Die Liebesfestung.

Vaudeville in 3 Akten v. Bogumil Zeyler.

Keine Preiserhöhung!

Freitag, d. 21. Febr.

Nichtrauch-Abend.

Kyffhäuser-Technikum

FRANKENHAUSEN

für Maschinenbau, Elektrotechnik, Eisenbeton u. Brückenb., Landwirt. Maschinenbau, 750 qm Maschinenlaboratorien.

Hoch- u. Tiefbau

Freitag **Schlachtefest.** **G. Gerig,** Bosenstraße 2.

Freitag **Schlachtefest.** **J. Bause,** Advokatenw. 30.

Jeden Freitag Schlachtefest. W. Rudolph, Unterplan 7.

Freitag **Schlachtefest. Fr. Peters,** Blumentalstr. 27.

Jeden Freitag: **Schlachtefest. Wilh. Nagel,** Glaucharstraße 23.

Zeitz. Freitag Schlachtefest. H. Richter, Schützenstr.

Konfirmation billig, wenn man seine Einkäufe in **Fahrikresten** macht bei **C. Wilh. Schrader Leipzigerstr. 17** eine Treppe. **Kein Laden.**

Malerlehrling sucht Gustav Bauer, Schwetschkest. 21.

Möbeltransporte jed. Art bes. bill. R. Weihmann, Bernhardstr. 9.

Eine braungestreifte **Pelzboa** mit zwei Köpfch. ist **verloren** gegangen. Der ehrliche Finder erhält **10 M.** Belohnung bei **Zeitz.** Eduard Gentsch, Schützenstr. 15.

Möbl. Schlafstelle für zwei Herren sofort zu vermieten. Zu erfragen in der Exp. d. Blattes.

Bakulatur verkauft die **Genossenschaftsdruckerei.**

Siegwart Gentes 10 Uhr.

Süssmilch's

Walhalla-Theater.

Nur noch 3 Abende (inkl. heute Donnerstag):

Gastspiel

Siegwart Gentes

In seinem Sketsch **„Die Opernprobe"** hat 2 Monate im Berliner Apollo-Theater einen nie dagewesenen Lach-Erfolg erzielt!!

Ausserdem die amerikanische Detektiv-Company

Nick Carter

mit dem hervorragenden **Willy Brackmann.**

Neues Bild: **Ein mysteriöser Mord!**

Edi Blum, der politische Koch. **Lola Lieblich,** Wiener Soubrette. **Clown Arthur u. Fedora,** Original-Dressur-Akt: **Der Hund im Looping the loop.**

Logen 2.50 Mk., I. Rang 2.— Mk. bezw. 1.50 Mk., Sperrsitz 1.50 Mk., Saal 1.— Mk., II. Rang 45 Pfennig excl. Billettsteuer.

Jeden Donnerstag: **Ueberraschungs-Abend** mit Präsent-Verteilung.

Während des Gastspiels Stadtbahn-Fahrscheine ungültig.

Laden, Jägergasse 2, direkt an der Großen Ulrichstraße, mit geräumiger Ladenstube, ist noch zu vermieten. Näheres **Kleine Ulrichstraße 26.**

Ein Mädchen von 16—17 Jahren bei hohem Lohn **gesucht. Martinstraße 9.**

Günstige Gelegenheit für Bücherfreunde.

Dr. P. v. Gizycki's, Fragemente zur Ethik und Psychologie.

Grundprobleme

statt 10 M. nur **4.50 M.**

Gut und Böse

statt 10 M. nur **4.50 M.**

G. v. Schweiger-Lerchenfeld.

Frauenleben der Erde

nur **4.00 M.**

Der Orient nur **5.00 M.**

Fr. Umlauft, Die Alpen nur **4.00 M.**

Alle Bände sind prachtvoll gebunden.

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.**

Goldene Tage.

Kalender für die Jugend

mit vielen Erzählungen und Illustrationen schön ausgestattet.

Anstatt 1.00 M. nur **40 Pfg.**

Volksbuchhandlung.

Herzlichen Dank

allen denen, die uns zu unserer goldenen Hochzeit mit Glückwünschen und Geschenken bedachten. Besonderen Dank auch dem Arbeiter-Gesangverein für die unerwartete Ehrung.

Karl Seifert und Frau, Kretzschau.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 19. Febr.

Aufgeboten: Arbeit. Hüslty und Martha Brode (Ankerstr. 8 und Mühlberg 4). Kaufmann Schmidt und Klara Biestädt (Wernigerode und Schwerin). Schuhmacher Fichtner und Elisabeth Zapke (Halle a. S. und Kobylin). Fleischer Jannicke u. Emilie Rauschenbach (Bedra u. Lesien).

Eheschließung: Hilfsschaffn. Krahmer und Meta Schneider (Leipzigstraße 23 und Mühlberg 6).

Geboren: Arbeiter Adler T. (Thüringerstraße 26). Arbeiter Vogler T. (Klinik). Fleischer Utzlepp T. (Steinweg 27). Kellner Tüchelmann S. (Kuttelhof 10) Vorarbeiter Lüttig T. (Dieskauerstraße 12). Arbeiter Hirsch S. (Ludwigstr. 18). Dreher Schwarz T. (Wolfstraße 18). Arbeiter Bezold T. (Torstr. 21). Arbeiter Weber T. (Charlottenstraße 2). Kaufmann Kuckenburg T. (Kanntschestraße 12). Reisenden Bänsch T. (Bertramstraße 16). Bureauvorsteher Bönig S. (Fürstenstal 2).

Gestorben: Gutsjäger Müller, 74 J. Beerenertr. 10). Arbeiters Frischbier aus Göhrig S., totgeb. (Klinik). Arbeiter Bettmann, 36 J. Landsbergerstraße 64).

Halle-Nord, Burgst. 38, 19. Febr.

Aufgeboten: Arbeiter Otto und Ida Huhn (Harz 51 und Gr. Wallstr. 2). Korrespondent Taube und Elisabeth Herrmann (Germannstr. 7).

Eheschließung: Schlosser Uhl u. Minna Krüger (Hardenbergstraße 20).

Geboren: Hilfsweichensteller Frenkel Zw.-S. (Leipzigstr. 7). Arbeiter Mohr L. (Saalestr. 5). Dachdecker Gräzner S. (Kleine Wallstr. 1). Schneider Rauchhaus L. (Reilstr. 6). Bahnbeamten Heyde S. (Göthest. 12).

Gestorben: Hauptlehrer em. Forner, 64 J. (Burgstraße 9). Bureauchefs Sydow Ehefrau Emma geb. Reuter, 49 Jahre (Dessauerstr. 5).

Standesamt Naumburg.

4. bis 12. Februar.

Eheschließungen: Tischler Pfeffer und Luise Töpfer. Arb. Jahr u. Marie Maiche. Wachtmeister Günther u. Lina Lippmann.

Geboren: Ofensetzer Hahn S. Arzt Karlewski S. Fleischer Kreß T. Schriftsetzer Klein S. Kandidat Sander T. Maurer Schröder S. Bildhauer Freese Tochter. Tapezierer Hildebrand T. Gärtner Hirschfeld S. Schuhmacher Kirsicht Sohn. Arbeiter Schirmer S., totgeb. Arbeiter Stuhlträger S.

Gestorben: Fräul. Ehrhardt, 73 J. Frau Schütze geb. Scharfe, 45 J. Privatmann Loße, 85 J. Fleischer Reichert, 24 J. Fräul. Pöhsch, 57 J. Fräul. Koch, 29 J. Witwe Siegel geb. Fiedler, 80 J. Fräul. Wendling, 80 J. Frau Schulze geb. Kricheldorff, 42 J.

Sangerhausen.

Am Mittwoch nachmittag entschlief unser liebes Söhnchen

Richard

im Alter von drei Monaten.

Dies zeigen tiefbetrübt an **Ernst Hartwich und Frau, Marienstraße 3.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080221-11/fragment/page=0008